Mittag-Ausgabe.

Annoncen-Annahme-Bureaus. In Posen außer in der Expedition dieser Zeitung (Wilhelmstr. 17) bei C. H. Ulrici & Co. Breitestraße 14, in Gnesen bei Th. Spindler, in Grätz bei L. Streisand, in Meseritz bei Ph. Matthias.

Posener Zeitung.

Neunundachtzigster Jahrgang.

Annoncen-Annahme-Bureaus. In Berlin, Breslau, Dresden, Frankfurt a. M., Hamburg, Leipzig, München, Stettin, Stuttgart, Wien: bei G. L. Daube & Co., Haasenstein & Vogler, Rudolph Mosse. In Berlin, Dresden, Görlitz beim „Invalidendank“.

Nr. 26.

Das Abonnement auf dieses täglich drei Mal erscheinende Blatt beträgt vierteljährlich für die Stadt Posen 4½ Mark, für ganz Deutschland 5 Mark 45 Pf. Bestellungen nehmen alle Postanstalten des deutschen Reiches an.

Mittwoch, 11. Januar.

Inserate 20 Pf. die sechsgespaltene Petitzeile oder deren Raum, Reklamen verhältnißmäßig höher, sind an die Expedition zu senden und werden für die am folgenden Tage Morgens 7 Uhr erscheinende Nummer bis 5 Uhr Nachmittags angenommen.

1882.

Deutscher Reichstag.

21. Sitzung.

Berlin, 10. Januar. 1 Uhr. Am Tische des Bundesrathes von Bötticher.

Eingegangen ist die Zusammenstellung des Ergebnisses der Reichstagswahlen vom 27. Oktober v. J.

Abg. Schröder (Wittenberg) berichtet über die verlangte Ermächtigung zur strafrechtlichen Verfolgung der Verbreiter eines im 2. mittelfränkischen Wahlbezirke (Fürth-Erlangen) beschlagnahmten, in der Schweiz gedruckten Flugblattes zur Erzielung einer volksthümlichen Reichstagswahl wegen Beleidigung des Reichstags.

Die Kommission für die Geschäftsordnung beantragt, die Ermächtigung nicht zu ertheilen.

Abg. Richter (Hagen): Ich ergreife das Wort natürlich nicht, um dem Antrage der Kommission zu widersprechen. Der Reichstag ist viel zu vornehm, um nach dem Muster Anderer etwa gewisse Formulare sich anzuschaffen, um die Anklage wegen Beleidigung zu veranlassen oder sogar die Staatsanwaltschaft anweisen zu lassen, solche Prozesse als eilig zu behandeln. Ich möchte nur die Regierung bitten, uns mit solchen Anträgen zu verschonen, zumal man mir durchaus willkürlich in der Auswahl derjenigen, die man bestrafen will, zu verfahren scheint. Hier schleppt man ein so armseliges sozial-demokratisches Flugblatt, das noch dazu in der Schweiz gedruckt worden ist, vor den Reichstag, er soll es verfolgen lassen; auf der anderen Seite wird der Reichstag tagtäglich in Berlin von der Presse unter den Augen des Staatsanwalts beleidigt und zwar von der Presse, je näher sie dem Herrn Reichskanzler steht, am stärksten. Ist doch noch gestern in der „Norddeutschen Allgemeinen“, als der Reichstag sich zum ersten Mal nach den Ferien wieder versammelte, ein Artikel erschienen, der von dem unersättlichen Bedürfnisse des Reichstags sprach, Wahlfragen zu diskutiren, wodurch er die Erledigung seiner Geschäfte verhindert; er sprach davon, daß der Reichstag, nachdem er nur drei Wochen gearbeitet, schon wieder das Bedürfniß zu dreiwöchentlichen Festtagen und Erholungen gefühlt habe und dadurch die Session verschleppe. Es fällt mir gar nicht ein, den Herrn Reichskanzler etwa aufzufordern, daß er nun eine Beleidigungsklage gegen diese seine offiziöse Presse veranlassen möge, nein, meine Herren, er kann das in viel einfacherer Weise bewirken, daß dort ein schicklicherer Ton angeschlagen wird. (Sehr richtig! links.) Es wird dies um so mehr der Fall sein, davon bin ich überzeugt, je mehr der Reichskanzler selbst sich bestrebt, in seinem Verkehr mit dem Reichstag ein Muster angemessenen Tons darzustellen. (Beifall und Heiterkeit links.)

Staatssekretär von Bötticher: Meine Herren, ich muß positiv bestreiten, daß bei Anbringung von Anträgen auf strafrechtliche Verfolgung wegen Beleidigung des Reichstags tendenziös verfahren wird. Davon kann keine Rede sein, die Sache liegt einfach so, daß, wenn ein Staatsanwalt Veranlassung findet, die Anklage wegen Beleidigung des Reichstags zu erheben, dazu nach den bestehenden Vorschriften die Ermächtigung des Reichstags erforderlich ist; und die Berichte der Justizbehörden, die auf Beibringung dieser Ermächtigung gerichtet sind, werden ausnahmslos dem hohen Hause zur Beschlußfassung unterbreitet. Will der Herr Abg. Richter generell einen Beschluß dahin extrahiren, daß überhaupt wegen Beleidigungen des Reichstags keine Verfolgung eintreten soll, so wird die Reichsregierung nicht das Mindeste dagegen haben, daß die Anbringung solcher Anträge unterbleibt.

Abg. Richter: Die Staatsanwälte sind bekanntlich keine unabhängigen Personen. (Oho! rechts, Lachen links.) Nun, m. H., sie gehören zu denjenigen, die sämmtlich nach dem neuesten Regierungserlasse verpflichtet sind, Wahlagitationen für die Regierung zu machen. (Große Heiterkeit links.) Es sind nämlich, wie es in dem Erlasse heißt, diejenigen Vertreter der Regierungsexekutive, die ohne Weiteres vom Dienste entfernt werden können. Die Staatsanwaltschaft — leider ist das ja bei den Justizgesetzen nicht durchgesetzt worden — muß sich bei Erhebung oder Nichterhebung von Anklagen nach den Weisungen der vorgesetzten Behörden richten. Es ist jedenfalls sonderbar, daß die Staatsanwälte immer nur sozialistische Beleidigungen sehen und sogar solche, die im Auslande passiren, so genau erkennen, während ihnen Alles verborgen bleibt, was unmittelbar in Berlin vor ihren Augen vorgeht. Es kann dies nur daran liegen, daß die Staatsanwaltschaft von denen, die ihr zu befehlen haben, mangelhaft instruirt ist in Bezug auf das, was sie thun oder lassen soll, möge die Instruktion auszugehen haben vom Reichskanzler oder dem einzelnen Justizminister. Vielleicht wird diese Anregung dazu dienen, die Sache klarer zu stellen. Ich wünsche überhaupt keine Beleidigungsprozesse und keine Anklage, weil ich der Meinung bin, daß politisch notorische Persönlichkeiten im Einzelnen und eine so vornehme Körperschaft, wie der Reichstag, durch dergleichen gar nicht beleidigt werden kann. (Beifall links.) Ich bin der Meinung und wünsche nur damit beizutragen, daß alle, die außerhalb der gerichtlichen und amtlichen Wirksamkeit dazu beitragen können, bessere Sitte und Anstand in der Presse zu verbreiten, ihre Schuldigkeit thun mögen. Denn es ist in der That richtig, was Herr v. Bennigsen gesagt hat: unter allen Parteien mögen einzelne Exzesse, namentlich im Wahlkampfe, vorgekommen sein, aber keine Presse hat so schwer gesündigt, als die offiziöse, die gerade ein Muster von Anstand sein soll. (Sehr richtig! links.)

Staatssekretär v. Bötticher: Wenn der Herr Abgeordnete Richter der Meinung ist, daß der Reichstag so hoch steht, daß er nicht beleidigt werden kann, dann sollte ihm doch das Verfahren der Berliner Staatsanwälte, daß sie Beleidigungen gegen den Reichstag nicht aufnehmen, ganz recht sein. (Oh! links. Sehr richtig! rechts.)

Abg. Dr. Braun: Zur Illustration desjenigen, was der Herr Staatsminister soeben gesagt, diene folgendes Beispiel. Ich erhielt vor einigen Jahren eine Zuschrift von einem Staatsanwalt, der ein im Westen erscheinendes sozialdemokratisches Blatt beigelegt war, in welchem eine ganze Reihe von Abgeordneten namhaft gemacht war, und mein Name hatte auch die Ehre, sich unter ihnen zu befinden, die auf eine ordinäre Weise beschimpft wurden. Der Staatsanwalt forderte mich auf, deshalb Strafantrag zu stellen. Ich schrieb darauf zurück, ich sei dazu bereit, wenn er denselben Strafantrag in derselben Weise befördern wolle bezüglich eines offiziellen Blattes, welches dasselbe gegen dieselben Abgeordneten nur aus entgegengesetzten Gründen vorgebracht hatte. Wenn er das Blatt ebenso behandele wie das sozialistische, dann wolle ich Strafantrag stellen, wenn nicht, nicht. Darauf habe ich keine Antwort erhalten. (Große Heiterkeit links.) Betrachtungen darüber anzustellen in einer so erleuchteten Versammlung halte ich für überflüssig. Ich verehre dieses kleine Kabinetsstück dem Herrn Minister zur freundlichen Erinnerung. (Große Heiterkeit.)

Abg. Saro: Ich kann mir nicht denken, daß es dem Herrn Vorredner entgangen sein sollte, daß Strafanträge bedingungslos gestellt werden müssen. (Sehr richtig! rechts.) Ich glaube deshalb, daß der Staatsanwalt in allen Beziehungen im vorliegenden Fall korrekt gehandelt hat. (Beifall rechts.)

Abg. Dr. Braun: Ich habe geglaubt, es müßte gleiche Gerechtigkeit für alle Parteien gelten. Wenn der Herr Vorredner das als eine Bedingung ansieht, dann habe ich allerdings eine Bedingung gestellt. Ich habe die Bestrafung jenes Blattes nicht als eine Bedingung angesehen, sondern als eine Voraussetzung, auf der unser ganzer Rechtszustand beruht; und wenn ich mich auf diese Voraussetzung stelle, so verfahre ich im Sinne der Verfassung und des Gesetzes und handle nicht gegen dieselbe. (Beifall links.)

Abg. Saro: Der Vorredner übersieht abermals, daß die Beleidigung ein Antragsdelikt ist und daß noch gar nicht irgend wie gewiß ist, daß in dem Falle, den er vor Augen hat, der Beleidigte bei dem Staatsanwalt den Strafantrag gestellt hat. Der Staatsanwalt konnte also auch ohne diesen Strafantrag nicht einschreiten, weil es lediglich auf Verlangen des Abg. Braun hätte geschehen können.

Abg. Dr. Braun: Ich will dem Herrn Vorredner nur eine Frage vorlegen: warum hat denn derselbe Herr Staatsanwalt, als er Kenntniß von dem Inhalt des sozialistischen Blattes erhielt, an mich geschrieben, ich möchte einen Antrag stellen, und als ich ihm Kenntniß gab von dem offiziellen Blatt, warum hat er da nicht an mich geschrieben? Darin liegt die Ungleichheit, und diese Thatsache kann der Herr Vorredner durch seine scharfsinnigen juristischen Deduktionen, wenn es solche sind, nicht aus der Welt schaffen. (Große Heiterkeit links.)

Abg. Saro: Ich ersuche den geehrten Herrn Abgeordneten die Antwort, die er von mir verlangt, von demjenigen Staatsanwalt zu erbitten, an den er geschrieben hat. (Beifall rechts.)

Abg. Dr. Braun: Dann würde ich auf diese Zuschrift ebenso wenig eine Antwort bekommen, wie auf die anderen. (Heiterkeit.)

Abg. Richter: Ich habe keine Beleidigungsprozesse herbeiführen wollen, wie ich dem Herrn Minister bemerken muß, sondern nur die Willkür des Staatsanwalts im Vorgehen oder Nichtvorgehen gekennzeichnet und die Herren würden gut gethan haben, in dieser Weise nicht zu exemplifiziren. Wollen Sie es aber, so will auch ich ein Exempel vorführen. Jetzt ist in Berlin eine große Reihe von Stöcker-Beleidigungsprozessen angestrengt, und zwar von der Staatsanwaltschaft unterstützt im öffentlichen Interesse. Es ist neulich an einem hiesigen Gerichtshofe vorgekommen, daß die berliner Presse, nämlich das „Berliner Tageblatt“, wegen Stöcker-Beleidigung mit Unterstützung des Staatsanwalts im öffentlichen Interesse angeklagt wurde. Die Presse machte eine Gegenklage dahin, daß Stöcker sie auch beleidigt hätte. Der Gerichtshof hat in seinem Erkenntniß dargethan, daß allerdings eine solche Beleidigung vorliege, daß eine starke Provokation vorliege, daß Stöcker aber nicht als Beleidiger vor Gericht erscheine und deshalb diese Frage dem Urtheil des Gerichtshofes nicht unterliege. Der Staatsanwalt hat dann ausgeführt auf die Ausführungen des Rechtsanwalts, wie man dazu komme, hier ein öffentliches Interesse anzunehmen, denn Stöcker sei nicht nur Hofprediger, sondern auch Abgeordneter. Ja, meine Herren, hat jemals ein liberaler Abgeordneter davon gehört — ich werde alle Tage beleidigt, und auch im Bezirk des Herrn Saro passiren solche Sachen, in der Reptilienpresse alle Wochen —, daß sich der Staatsanwalt irgendwie angenommen hätte der Ehre eines liberalen Abgeordneten, wie er jetzt für Herrn Stöcker eintritt. (Abg. Mommsen: Ist auch nicht nöthig! Heiterkeit.) — Bravo! links), der Art, daß man in der Wahl sogar im Interesse des Herrn Stöcker mit Konfiskationen von Flugblättern vorgegangen ist und daß man nachträglich sich erst die Genehmigung Stöcker's dazu eingeholt hat. Herr Abgeordneter Dr. Mommsen war im Anfang nicht hier, sonst würde er vielleicht gewußt haben, daß ich selbst von vornherein mich dagegen verwahrt habe, als ob wir glaubten, daß unsere Ehre dieses besonderen Schutzes bedürfte, und wir etwa Beleidigungsprozesse provoziren wollten. Wir wollten nur nicht Willkür, und die wird uns vor Augen geführt in einem solchen Falle wie hier, wo man ein armseliges sozialistisches Flugblatt, das lange nicht so schlimme Dinge wie die „Provinzial-Korrespondenz“, wenn auch nicht immer mit so scharfen Ausdrücken, enthält, vor unser Forum schleppt, während andere ähnliche Dinge hier und in der Berliner Presse passiren können, ohne daß der Staatsanwalt danach fragt.

Staatssekretär v. Bötticher: Meine Herren, die Regierung will auch keine Willkür, sie will, daß Gesetz und Recht herrschen! (Rufe: Oho! — Widerspruch links.) Ja wohl meine Herren, sie will es, und wenn der Herr Abgeordnete Richter hier einen Fall hereingebracht hat, der scheinbar auf eine verschiedenartige Behandlung der Behörden in Bezug auf Verfolgung von Beleidigungen schließen läßt, so verweise ich darauf, daß jede Beschwerde über ein ungerechtfertigtes Vorgehen der Staatsanwälte an die höheren Behörden geht. (Ruf links: Das kennt man!) Erlauben Sie, meine Herren, wir leben in einem Rechtsstaat (Heiterkeit links) und da muß man sich den geordneten Instanzen unterwerfen. Es ist für uns am Regierungstische absolut unmöglich, auf einzelne Fragen zu antworten und einzelne Handlungen der Beamten zu rechtfertigen, ohne daß wir das Aktenmaterial haben, und es war eine sehr löbliche parlamentarische Sitte, daß man nicht eher an den Reichstag geht, bevor man nicht die Instanzen in der Verwaltung erschöpft hat. Ich bin nicht in der Lage, mich über jenen Fall auszulassen, ich bestreite aber prinzipiell, daß Willkür geübt wird und daß Willkür befohlen ist. (Beifall rechts.)

Abg. Dr. Lasker: Bestreiten ist ungemein leicht, aber ich glaube für Jeden, der den Gang der öffentlichen Verhältnisse kennt, bedarf es in der That keines Beweises, daß die Justizverwaltung, wie sie in der Hand der Staatsanwaltschaft liegt, mit Rücksicht auf die Parteien gehandhabt wird. (Lebhafte Zustimmung links.) Wir sehen ja täglich, daß hiesige Zeitungen von Beleidigungen gegen den Reichstag und einzelne Abgeordnete strotzen, und wir haben nie gehört, daß gegen ein gouvernementales Blatt deswegen eine Untersuchung eingeleitet sei. Nun ist es ja eine sehr bekannte Praxis, die sich dazu wendet, man will die einzelnen Beweise wie bei den Instanzgerichten haben. Wenn sie aber erbracht sind, so sagt man, hier bildet nicht der Reichstag eine Instanz, welche die Entscheidung zu treffen hat, sondern die anderen Instanzen. Es kann Keiner in Abrede stellen, daß von der Justizverwaltung eine strenge Verfolgung eingeleitet wird wegen solcher Beleidigungen, die im Wesentlichen gerichtet sind gegen die Konservativen und die Regierung, während ganz gleichartige Handlungen öffentlich in der Provinz sich täglich wiederholen, gegen den Reichstag, der doch mindestens dieselbe Stellung einnimmt wie die Regierung, und gegen die liberale Partei, ohne daß eine Anweisung auf strafrechtliche Verfolgung oder Untersuchung erfolgt ist. Wir haben ja in der neuesten Zeit mit Erstaunen erlebt, daß die Regierung sogar in Erwägung getreten ist, einen Landrath, der sein Amt mißbraucht hat zum Angriff eines Abgeordneten und der durch Privatklage belangt wurde, durch Interzession gegen die Entscheidung zu schützen, um einstweilen den ordentlichen Instanzenweg zu hemmen. Solche Thatsachen zeigen, wie gerechtfertigt die Klage ist, die hier erhoben worden ist.

Abg. Saro: Ich muß die Bemerkung, daß die Staatsanwaltschaft nicht mit gleichem Maße messe und parteiisch bei Erhebung der Anklagen vorgehe, mit aller Entschiedenheit zurückweisen. (Heiterkeit links.) Wenn seitens der Staatsanwaltschaft Anklagen erhoben sind, welche die Person des Herrn Reichskanzlers z. B. betreffen, so beruht das auf der Notorietät, es wird ja dem Herrn Reichskanzler in der fortschrittlichen Presse sogar daraus ein Vorwurf gemacht, daß er dergleichen Beleidigungen zu Strafanträgen benutzt und die Staatsanwaltschaft dann einschreitet. Auch die königlichen Behörden stellen Strafanträge. Der Abg. Richter hat meinen Namen genannt und behauptet, daß gerade in meinem Departement dergleichen beleidigende Aeußerungen gegen seine Person und seine Partei massenhaft zu finden sind, während niemals eine Anklage dieserhalb erhoben wird. Ich habe vermißt, daß Herr Richter auch bekannt hat, schon mehrmals Strafanträge gestellt zu haben. Ex officio einzuschreiten, hat der Staatsanwalt weder das Recht noch die Pflicht.

Abg. Dr. Lasker: Die Behauptung des Abg. Saro für ihn allein lasse ich gelten, weil ich das Gegentheil nicht weiß. Ich habe mich auf offenkundige Thatsachen berufen, und es würde der öffentlichen Meinung viel lieber sein, wenn die Staatsanwaltschaften durch ihre Handlungen protestirten gegen derartige Vorwürfe, als daß sie blos mit Worten diese Dinge in Abrede stellten. (Zustimmung links.)

Abg. Richter: Da die Herren fortfahren die Thatsachen in der Allgemeinheit zu bestreiten, muß ich wieder mit einem Beispiele kommen. Der Abg. Mayer, der als Zeuge hier anwesend ist, ist von dem Redakteur der „Nordd. Allgem. Zeitung“ auf das schmählichste beleidigt worden in seiner politischen Ehre. Der Vertreter des Herrn Mayer, der Rechtsanwalt Munkel, der hier gleichfalls als Zeuge anwesend ist, hat darauf von der hiesigen Staatsanwaltschaft verlangt unter Bezugnahme auf die Qualität des Herrn Mayer als württembergischer Abgeordneter, im öffentlichen Interesse diese Sache zu verfolgen. Der Staatsanwalt hat dies abgelehnt, dieselbe Staatsanwaltschaft, die die Beleidigung Stöcker's ausgesprochenermaßen verfolgt, weil der Herr Abgeordneter ist. Darauf hat sich Herr Munkel, wie Herr Saro den Rath giebt, an den Oberstaatsanwalt gewandt und die Oberstaatsanwaltschaft in Berlin hat es gleichfalls abgelehnt. (Hört, hört! links.) Nein, meine Herren, unsere Staatsanwälte sind politische Instrumente geworden (Sehr richtig! links) in der Hand der jeweiligen Regierung, und diese Regierung macht politische Parteiinteressen geltend in der Verfolgung und Nichtverfolgung.

Abg. v. Minnigerode: Ich muß es als ungeeignet bezeichnen, wenn die parlamentarische Redefreiheit hier dazu benutzt wird, hochstehende und durchaus geachtete Beamte zu verunglimpfen. (Bewegung links.) Ich protestire gegen diesen Gebrauch der parlamentarischen Redefreiheit, wie sie von jener Seite geübt wird.

Abg. Richter: Der Herr Abg. v. Minnigerode ist meines Wissens noch nicht Präsident dieses Hauses. (Heiterkeit.) Es müßte doch ein wirklicher Staatsstreich erst erfolgen, um solches Präsidium möglich zu machen. Im Uebrigen, wenn die hoch angesehenen Beamten sich Handlungen zu Schulden kommen lassen, die der öffentlichen Kritik verfallen, dann ist es Aufgabe dieses Reichstages gerade unter Benutzung der Redefreiheit, diese hochgestellten Beamten hier vor das Forum zu ziehen und der Oeffentlichkeit zu zeigen, wie weit wir noch vom Rechtsstaate entfernt sind.

Abg. v. Minnigerode: Ich danke für die Belehrung des Abg. Richter, daß man Präsident dieser Versammlung sein muß, um sachlichen Ausschreitungen hier entgegentreten zu dürfen. Das ist das gute Recht jedes Abgeordneten, das ich mir nie nehmen lassen werde. (Beifall rechts.)

Abg. Saro: Ich weiß nicht, warum der Herr Abg. Richter gerade die Staatsanwaltschaft in diesem Punkte angreift. Es ist ihm sicherlich sehr genau bekannt, daß die Kriminal-Prozeßordnung, die seit einigen Jahren in Kraft ist, vom Staatsanwalt noch eine Beschwerde an das betreffende Oberlandesgericht zuläßt. Also wenn der Ober-Staatsanwalt auch, wie Herr Richter behauptet, eine solche Denunziation zurückgewiesen hat, so konnte der betreffende Beleidigte das Oberlandesgericht anrufen, hier das Kammergericht. Hat er das nicht gethan, dann hat er ein Recht versäumt, was ihm gesetzlich zusteht.

Abg. Richter: Protestiren kann ja Herr v. Minnigerode in seiner Eigenschaft als einzelner Abgeordneter, es macht aber natürlich nur den entsprechenden Eindruck. Was das von dem Herrn Abg. Saro angegebene Moment betrifft, so muß ich erwidern, wie verschieden das Verfahren ist, wenn es sich handelt um konservative Abgeordnete, wenn es sich handelt um Beamte, wenn man so glücklich ist, blos als Nachtwächter eine Ehre zu vertheidigen und nicht zugleich als politischer Mann. Dann ist der Staatsanwalt bei der Hand, er ergreift die Initiative und fragt bei dem Betreffenden an, ob er die Genehmigung gebe zur Verfolgung der Beleidigung, oder glauben Sie etwa, daß der Herr Reichskanzler persönlich die Herren Staatsanwälte wird aufmerksam machen? Nein, sie ergreifen die Frage, fragen den Herrn Reichskanzler, ob er zustimmt; so ist die Praxis. Sie erleichtern in jeder Weise, während, wenn wir eine Beleidigung verfolgen wollen, wir uns umgekehrt an den Staatsanwalt wenden müssen, wir in der Lage sind, abgewiesen zu werden von einer Instanz zur anderen, und schließlich zum Oberlandesgericht mit großen Kosten kommen, die die Sache sehr erschweren. Wenn wir endlich zugelassen werden, so ist es zu spät, dann hat die Sache jedes Interesse verloren. Ich erinnere nur an die Verläumdungen der städtischen Verwaltung. Wie gerade die Eile das Entscheidende ist, das beweist der Umstand, daß die Staatsanwaltschaft die Beleidigungsklagen des Reichskanzlers jetzt als eilige Sachen zum Unterschied von den gewöhnlichen behandelt.

Der Antrag der Kommission wird angenommen und darauf die gestern unterbrochene Diskussion über die Interpellation des Abg. v. Hertling fortgesetzt, zunächst durch den Abg. Ebert, der

sich, soweit er auf der Tribüne verständlich ist, für den Schutz und die Einschränkung der Frauenarbeit, gegen den Normalarbeitstag erklärt und die Fabrikinspektoren als die wahren Freunde und Berather der Fabrikanten rühmt.

Abg. Grillenberger erklärt zunächst im Namen seiner sozialdemokratischen Freunde, daß die Zeitungsnotiz, es habe jüngst zu Dresden eine Konferenz der sozialdemokratischen Abgeordneten stattgefunden, auf welcher die Ablehnung der sozialpolitischen Vorlagen des Reichskanzlers beschlossen worden wäre, unrichtig sei. Wir wollen, sagt er, im Gegentheil diese Vorlagen abwarten, sie prüfen und ihnen, wenn sie gut sind, zustimmen. Das System, welches wir bekämpfen, ist das der kapitalistischen Ausbeutung, und da ist es uns gleichgiltig, ob der Träger dieses Systems Bismarck oder Richter heißt. Wir erklären uns entschieden für ein Verbot der Sonntagsarbeit, nicht vom religiösen, sondern vom sozialen Standpunkte aus. Weiter treten wir für Einführung des Normal-Arbeitstages und den Schutz der Frauenarbeit ein. Der Abg. Ebert bedauert, daß die Frauenarbeit überhaupt noch bestehe: warum schafft er sie nicht selbst in seinen Gruben ab? Nichts kann unmoralischer wirken als gerade die Frauenarbeit in Gruben; hier muß eine radikale Aenderung geschaffen werden. Es muß im Interesse der Industrie, sowie der Wehrfähigkeit nicht blos die Frauen-, sondern auch die Kinderarbeit abgeschafft oder wenigstens bedeutend beschränkt werden. Denn wenn sich die Frauen den häuslichen Pflichten mehr hingeben können, werden auch die Männer mehr verdienen. Ferner würde das Familienleben, das durch das Fabrikwesen im Allgemeinen und die Frauen- und Kinderarbeit im Besonderen leidet, wieder aufleben. Durch den Normalarbeitstag — richtiger wäre die Bezeichnung Maximalarbeitstag — welcher in Deutschland etwa eine zehnstündige Dauer haben könnte, würde auch die industrielle Reservearmee, nämlich die sich im Lande herumtreibenden Vagabunden, zur Arbeit herangezogen werden. Die Behauptung der Fortschrittspartei, die Arbeiter seien selbst gegen Beschränkung der Arbeitszeit, sie könnten dasselbe auf dem Koalitionswege erreichen, ist falsch. Denn einmal fehlt hierzu den Arbeitern das Kapital, sodann aber haben wir in Deutschland überhaupt kein Koalitionsrecht. Es werden ja alle Versammlungen, die sich mit Arbeiterfragen beschäftigen, verboten. Nur Berlin nehme ich hierbei aus. Hier werden solche Versammlungen geduldet, dagegen sind in Würtemberg Arbeiterversammlungen, die die Besprechung des Unfallversicherungsgesetzes zum Zweck hatten, inhibirt. Die Essener Bergarbeiter haben an den Reichskanzler eine Petition um gesetzliche Feststellung der Arbeitszeit gerichtet; sie haben diese Maßregel allerdings einseitig nur für die Frauen verlangt, aber es ist zu beachten, daß die Petition aus einem Kreise kommt, wo die Sozialdemokratie wenig Einfluß besitzt, wo zum großen Theil der Ultramontanismus herrscht — und doch sind da dieselben Forderungen aufgestellt worden, wie sie die Sozialdemokratie verlangt. Die Meinung, der Normalarbeitstag habe einen Normalarbeitslohn zur Konsequenz, theile ich nicht; wohl ist aber ein Minimalarbeitslohn nöthig. Die sozialdemokratischen Wahlen sind wohl oppositionell, aber nicht gegen die sozialpolitischen Pläne des Reichskanzlers gerichtet. Wir sind aber gegen die Regierung mißtrauisch. Durch das Ausnahmegesetz sind wir politisch rechtlos geworden und nun verlangt man, wir sollen mit Jubel den Regierungsvorlagen entgegenkommen. Allein auch die Handhabung des Ausnahmegesetzes muß Mißtrauen erregen. Die Gewerkschaften hatten mit Politik nichts zu thun und doch hat man sie alle aufgelöst. Man hat den Arbeitern nicht nur die Gewerkschafts-, sondern auch die Krankenkassen genommen. In einer Wahlversammlung zu Nürnberg wurde mir gesagt, die Pläne des Reichskanzlers seien nur Wahlschwindel. Und wenn gestern der Reichskanzler manchesterlicher gesprochen hat, als seinen Freunden lieb sein mag, so werden die Arbeiter noch mehr reservirt bleiben. Was wir also verlangen, ist: Verbot der Frauenarbeit — vorläufig wären wir auch mit einer Verkürzung derselben zufrieden — Kinderarbeitstag und Maximalarbeitstag für Männer; gegen einen Minimalarbeitslohn haben wir nichts einzuwenden. Wir verlangen eine internationale Arbeiterschutzgesetzgebung. Weiter wollen wir die Einführung von Arbeiterkammern statt des Volkswirthschaftsraths. Es giebt Anwalts- und Gewerbekammern — warum nicht auch Arbeiterkammern? Wenn solche aus allgemeinen Wahlen hervorgehen, werden sie größeres Vertrauen genießen, als der Volkswirthschaftsrath, in welchem keine Arbeiter sitzen. In das Unfallversicherungsgesetz muß die Karrenzzeit hereingebracht werden, weil sonst die Krankenkassen sehr geschädigt werden. Der liberale Entwurf eines Haftpflichtgesetzes streift ziemlich nahe an das Unfallversicherungsgesetz. Ich habe Herrn Lasker in einer Versammlung bezüglich der Karrenzzeit interpellirt und er erklärte Jeden als Friedensbrecher, der ihm eine Schädigung der Krankenkassen zur Last legen wollte. Wenn sich die Liberalen gegen den Vorwurf, das Manchesterthum thue nichts für die Arbeiter, mit dem Hinweis auf die musterhafte englische Fabrikgesetzgebung vertheidigen, so muß ich erwähnen, daß dieses Gesetz dem englischen Parlament von den Arbeitern abgenöthigt wurde.

Abg. Stöcker: Dem Vorredner kann ich versichern, daß seine Forderung einer internationalen Arbeitergesetzgebung in unseren Reihen der allergrößten Sympathie begegnet. Die Zeit der Handelsverträge ist vorbei, und für das gewerbliche Leben ist es nothwendig und nützlich, die Gesetzgebung international zu gestalten. In schöner Weise hat ein elsässischer Fabrikant diesem Gedanken Ausdruck gegeben, wenn er forderte: Internationale Gesetze über die industrielle Arbeit, sanktionirt durch das Siegel des Christenthums und der Familie. Eine internationale Regelung der Arbeiterverhältnisse würde auch alle die Bedenken hinfällig machen, die gestern noch der Herr Reichskanzler geäußert hat. Der Abg. Richter hat des Oefteren seine Verwunderung darüber ausgesprochen, daß der Reichskanzler die Autorität des Kaisers in diese Debatte hineinziehe. Ich verstehe dieses Erstaunen nicht. Wenn des Kaisers Majestät sich nach einem Jahrzehnt falscher Gesetzgebung (Heiterkeit links) an die Spitze der sozialen Reform stellt, so ist es begreiflich, daß er selber als Träger dieser Gesetzgebung dem Volke vor die Augen gestellt wird. Der Kaiser hat dies betont, und wir können dem Minister in keiner Weise daraus einen Vorwurf machen. Gegen das gestrige Vorgehen Richters, die Stein-Hardenbergische Reform für seine Partei in Beschlag zu nehmen, muß ich doch ausdrücklich Widerspruch einlegen. Ich glaube, es kann gar nichts Entgegengesetzteres gedacht werden, als die Stein'schen Gedanken über Staat und Gewerbe und die Gedanken Richter's über diese Sachen. (Sehr richtig! rechts.) Es ist ganz unmöglich für die Fortschrittspartei, sich mit Stein'schen Gedanken und Reformen für die Pläne zu schmücken, die sie uns gegenüber vertritt. Der Freiherr von Stein war bekanntlich ein Mann der ständischen Vertretung, nicht des Parlamentarismus, wie ihn Richter vor Augen hat. Seine Ideen vom Staate hat er in einem vertrauten Briefwechsel mit Bunsen dahin geäußert: „Der Staat sei keine landwirthschaftliche oder industrielle Organisation, sondern bezwecke die religiöse, moralische, geistige und körperliche Entwicklung seiner Angehörigen". Das ist doch etwas Anderes, als was Sie sich unter dem Staat denken. Auf dem Gebiete des gewerblichen Lebens hat er allerdings nachgegeben: in der Niederreißung der Zünfte. (Aha! links.) Aber wer die Dinge kennt, weiß, daß diese Gesetzgebung durch die Kontinentalsperre nothwendig gemacht wurde, und daß von den Ministern damals hauptsächlich das Bannrecht der Innungen bekämpft ward, von Stein aber gewiß nicht das korporative Element. Er war der Mann, welcher die Nothwendigkeit der Korporationen für das Gewerbe betont hat. Ausdrücklich sagt er: „Wer da weiß, wie wenig in Bezug auf Freiheit und Recht ein persönliches, wie viel ein moralisches Individuum vermag, wird nicht zögern, sich für das erstere, nämlich für korporative Grundsätze in den Gesellschaftseinrichtungen zu entscheiden." „Meisterehre und Jugendzucht" sind die Begriffe, von welchen Stein das gewerbliche Leben erfüllt, es sind dieselben Gedanken, welche er auf die Agrarverfassung angewendet wissen will. Da hat er sich der Neuerungssucht Hardenbergs widersetzt. Er wollte nicht, daß die Erbtheilung bei den Bauern zu weit Platz greife. Er sagte die Folgen davon voraus: die Bauern würden zu Tagelöhnern herabgedrückt und statt der Hörigkeit gegenüber den Gutsherrn würden sie in eine schlimmere Hörigkeit zu Juden und Wucherern gerathen. Als die Konsequenzen der liberalen Gesetzmacherei bezeichnete er: Umwandlung des Ganzen in Aggregate von Gesindel, Juden, neue Reiche, phantastische Gelehrte (Ruf links: Schäffle!) Das ist Stein, und sie werden sich schwerlich mit diesen Anschauungen identifiziren wollen. Wenn diese Aera der sozialen Reform es durch die oppositionelle Haltung der Linken zu nichts bringt, so ist das eine furchtbare Kritik über die Unfruchtbarkeit der linken Seite. (Heiterkeit.) Die ausgezeichnete englische Fabrikgesetzgebung ist kein Produkt der Manchesterweisheit, sondern sie ist derselbem in schweren Kämpfen abgerungen worden. Die Befürchtungen, sie werde den Aufschwung der Industrie verhindern, haben sich nicht realisirt. Das Verbot der Sonntagsarbeit und die Sonntagsruhe, die wir aus religiösen Gesichtspunkten für unser Volk erstreben, lassen sich auf dem Wege der Koalitionsfreiheit nicht erreichen. Auch entspricht dieser Weg nicht der Würde des Christenthums. Eine internationale Regelung dieser Frage würde die augenblicklichen Nachtheile, die eine dadurch entstehende Verminderung des Arbeitsverdienstes etwa hat, wieder ausgleichen. Für die möglichste Einschränkung der Frauenarbeit spricht die Pflicht der Reinerhaltung des Familienlebens. Mindestens verlange ich für die verheiratheten Frauen ein Verbot der Arbeit in den Fabriken. Die Frage des Normalarbeitstages, der auch im Interesse des Arbeitgebers liegt, möchte ich innerhalb der korporativen Genossenschaften gelöst wissen. Ein Zwang zur Einführung eines Normalarbeitslohnes ist damit nicht gegeben. Wir, im Centrum Europas, sind den sozialen Kämpfen am meisten ausgesetzt. Unsere Aufgabe ist es daher auch, im Sinne des Christenthums diese Fragen zuerst zur Lösung zu bringen. (Beifall rechts.)

Abg. Dr. Lasker: Der Herr Vorredner glaubte damit kaiserlich zu sein und wie ein Konservativer zu sprechen, wenn er sagte, man solle es loben und nicht tadeln, wenn der Kaiser nach zehnjähriger verfehlter Gesetzgebung sich an die Spitze der Umkehr stellt. Er erweist damit dem Kaiser wenig Ehre, denn die getadelten Gesetze bestehen noch und sind vom Kaiser sanktionirt. Sodann hat der Vorredner die Stein-Hardenberg'sche Gesetzgebung als für seine Partei vorbildlich in Anspruch genommen. Nun weiß jeder gebildete Mensch, daß Stein zwei Perioden gehabt hat, eine reformatorische und eine unfruchtbare reaktionäre Periode, in welcher er gegen seine eigene Schöpfung Opposition machte. Aus dieser Periode hat Herr Stöcker sehr geschickt die ganze Stein-Hardenberg'sche Gesetzgebung charakterisirt. Wir haben ja auch jetzt einen Staatsmann, dessen Leben in zwei Abschnitte zerfällt, in eine produktive, liberale Periode (Lachen rechts. Sehr richtig! links), dies war ja die Zeit, wo die Herren Stöcker und Genossen den Herrn Reichskanzler angriffen als einen Liberalen (Heiterkeit links), — und in die Periode, wo er das tadelt, was er früher gethan. Kann man da etwa die ganze Thätigkeit des Kanzlers nach dieser letzten Periode charakterisiren? Oder glauben Sie, daß, wenn man von dem großen Heros Stein spricht, man an jene Periode denkt, in welcher er in der verbittertsten Kritik gegen die wiederaufgerichteten Zustände Preußens sich ausgesprochen hat? Die Vorgänger des Herrn Stöcker haben jene große Erhebungsgesetzgebung auf das Bitterste bekämpft, während unsere Vorgänger sie unterstützt haben, wie auch wir stets das Wohl der Massen zu heben bestrebt sind. Es scheint mir darum, daß der Rückblick auf die geschichtliche Vergangenheit, wenn die Geschichte in Wahrheit verstanden wird und man nicht nur Anekdoten aufzählt, um sie als Geschichte darzustellen, dafür spricht, daß wir mit denen in Zusammenhang sind, die von jeher den Fortschritt begünstigt haben nach Maßgabe ihrer Einsicht. Kann es ein unbefangeneres Zeugniß geben für unsere produktive Thätigkeit in der Opposition gegen das Unfallversicherungsgesetz, als es gestern der Reichskanzler selbst abgelegt hat? Bei der Berathung dieses Gesetzes im vorigen Jahre habe ich ausgesprochen, daß die Regierung in die äußerste Verlegenheit kommen würde, wenn das Gesetz in einer Form angenommen werden sollte, daß die Regierung beitreten müßte. Sie würde dann ein Auskunftsmittel nur darin gehabt haben, daß es ohne eine Anzahl anderer Gesetze gar nicht hätte ins Leben treten können. Hätte aber das Gesetz unglücklicherweise andere neue Gesetze nicht zur Voraussetzung gehabt, so würden wir namenloses Unglück über Deutschland gebracht haben. Der Herr Reichskanzler hat ja jetzt selbst zugegeben, daß er über den Inhalt jenes Gesetzes schlecht belehrt gewesen sei. Bei der Klugheit des Reichskanzlers war ich ganz sicher, daß er bei irgend einem Punkte Widerstand leisten und das Gesetz nicht annehmen würde, weil er diesen Vorschlag für einen kolossalen Fehler hielt. Hierdurch allein ist es erklärlich, daß die kleine Differenz, wer die Beiträge bei der Arbeiterversicherung zahlen solle, für den Reichskanzler genügt hat, unsere Beschlüsse vom Bundesrath ablehnen zu lassen. Denn materiell wäre dieser Einwand hinfällig gewesen, da die meisten Vertreter der Industrie im Volkswirthschaftsrath und sogar der Abg. Stumm hier im Hause der Ansicht waren, die ganze Beitragspflicht könne die Industrie tragen und würde sich eine Ehre daraus machen, es zu thun. (Sehr wahr! links.) Dennoch hat der Herr Reichskanzler nicht auf diese sachverständige Stimme gehört: es war ihm eine sehr günstige Gelegenheit, sich der Verlegenheit seines eigenen irrthümlichen Vorschlags zu entziehen. Der Reichskanzler hat die Fortschrittspartei und die Sezessionisten für Manchestermänner erklärt, die keinen Sinn und kein Herz für das Volk haben, die den Schwachen dem Starken preisgeben, die das höchste Maß von Interesse vertreten gegenüber der Selbstlosigkeit, die verkörpert ist auf jener Seite des Hauses. Wenn man dies hört, würde man glauben, drüben (rechts) sei die Vertretung der Unbemittelten, hier aber seien die reichen Geldprotzen, die nur ein Interesse hätten, überall die arbeitende Klasse herzlos auszubeuten. So viel wir uns auch beklagen über Ihre neuere Gesetzgebung, das haben wir Ihnen nicht zugeschrieben, daß Sie aus bloßem eigenen Interesse die Dinge gethan haben. (Ruf: Geschieht noch oft genug.) Jedenfalls ist dies nicht die Art, wie man zur Verständigung kommt. (Sehr wahr!) Wir haben bis 1878, die Sie doch als die Zeit der liberalen Gesetzgebung bezeichnen, mehr Positives geleistet, als Sie seit den drittehalb Jahren, in welchen Sie die Majorität haben. Das Jahr 1878 bezeichnet für Sie den Grenzstein, wo die zehn Jahre verfehlter Gesetzgebung, wie sie Herr Stöcker bezeichnet, abschließen; wenn sie nun alles, was von 1867 bis 1878 geschehen ist, uns zur Last legen, so eröffnen Sie uns einen Ehrentitel in der Geschichte Deutschlands. Wenn ich damit vergleiche, was Sie seit Ihrer Herrschaft gethan haben, so werden Sie sehen, daß es — mit alleinigem Ausschluß der Schutzzollgesetzgebung — als ein geringes Quentchen in die Wagschale fällt. Nicht den zehnten Theil sind Sie bisher zu vollführen im Stande gewesen, weil Sie den gemeinsamen Boden nicht finden können und weil überdies die Gesetzgebung der vorangegangenen zehn Jahre so wohl gefügt ist, daß Ihre zerstörende Kraft nur Einzelnes an den Außenwänden abbröckeln kann. Der Reichskanzler hat über den kleinen Kern der Interpellation einen weiten Nebelring politischer und sozialer Betrachtungen gezogen und hat Abrechnung gehalten mit dieser (linken) Seite des Hauses, aber aus klugen Rücksichten die Nationalliberalen noch ausgeschlossen. Er ist erstaunt, daß man in den Arbeiterkreisen nicht den Anerbietungen der Regierung Zutrauen geschenkt habe und bei den Wahlen das Vertrauen zugewendet habe Denjenigen, welche kein Herz haben für die arbeitenden Klassen. Sie kennen ja alle diese Dinge aus dem Verdächtigungslexikon gegen die liberale Partei. (Sehr gut! links.) Der Reichskanzler hat damit aber nicht die Kreise gemeint, die sozialdemokratisch gewählt haben, mit denen will er es jetzt nicht verderben. Er beginnt auch mit dieser Fraktion das diplomatische Verhältniß, welches er mit jeder Fraktion bis jetzt begonnen hat: so viel herauszuziehen, als Unterstützungswerth in dieser Fraktion stecken mag. (Sehr gut! links.) Sollte sich der Reichskanzler nicht die Frage vorgelegt haben, ob nicht gerade derjenige Theil seiner Politik, der bestimmt ist, das größte Steuermaß auf die Mindestbemittelten zu werfen, in diesen Arbeiterkreisen keinen Anklang gefunden habe? Die dadurch bewirkte Belastung seines Budgets hat der arme Mann sofort begriffen, ohne daß er indessen jene metaphysische Spekulation verstand, der zu Folge eine Vertheuerung entweder gar nicht eintrete oder auf das Konto des Verkäufers entfalle. (Sehr gut! links.) Hierbei hat der Reichskanzler aber auch ein anderes Geheimniß außer Acht gelassen. Er geht davon aus, daß man, um den Freiheitssinn des Volkes einzuschränken, nur seine materielle Lage zu verbessern brauche. Aber so sind die Menschen doch nicht konstruirt. Selbst ein Sozialdemokrat verkauft nicht für ein Linsengericht ideale Ansprüche der Freiheit und der freien Bewegung. Hierin liegt auch der Grund dafür, daß der liberale Gedanke sich so ausgedehnte Geltung verschafft hat. Von dem Augenblicke an, da ich hörte, daß die Absicht der die wirthschaftliche Reform begleitenden Finanzreform die Entlastung vorzugsweise des Grundbesitzes bezwecke, lag mir die Unmöglichkeit vor Augen, diese Politik als eine auf das Wohl der arbeitenden Klassen gerichtete zu bezeichnen. Aus diesem Grunde, nicht aus Herzlosigkeit, haben wir dieser Politik widerstanden. Wie sollte auch ich wohl, der ich in meinem ganzen Leben nicht über ein bescheidenes Einkommen hinausgekommen bin, der ich immer in voller Verbindung mit nothleidenden Menschen lebe, dazu kommen, den mitarbeitenden Menschen gegenüber eine herzlose Politik zu treiben! Man wird es Ihnen nicht glauben, daß Sie allein (rechts) vom guten Willen für die arbeitenden Klassen beseelt seien. Das Vertrauen, das uns die arbeitenden Klassen entgegengebracht haben, beweist Ihnen dies. Meine Herren, der Reichskanzler hat das Stichwort seiner Politik geändert, er hat nun plötzlich die Korporationen angenommen: die korporativen Verbände müssen alles lösen. Aber wer hat wohl eine Vorstellung davon, wie der Reichskanzler sie sich denkt? wie durch sie die staatlichen Verhältnisse geordnet werden? Auch wir sind von dem Gedanken ausgegangen, daß die Korporationen allein nicht helfen können und deshalb haben Einzelne von uns die Bewegung der Gewerkvereine entschieden unterstützt, ausgehend von der Betrachtung, daß nach dem heutigen Zustand der Arbeiter nicht die Herrschaft über die Bedingungen des Arbeitervertrages hat, weil er als Einzelner es nicht vermag; dagegen haben wir in England gesehen, daß die Arbeiter in Gewerkvereinen stark genug sind, um auch freie Kontrahenten des Arbeitsvertrages zu werden. Der bereits eingeschlagene Weg ist verbunden mit Schwierigkeiten in den ersten Zeiten. Die Strikes bringen viel Unordnung hervor und es hat sich diese Bewegung als unverträglich mit der bürgerlichen Ordnung herausgestellt. Aber meinen Sie überhaupt, daß eine Umformung irgend welcher Art unserer Gesellschaft ohne eine sehr erhebliche Erschütterung des Ganzen geschehen könnte? Wollten wir wirklich den Weg der Staatsunterstützungen betreten, so würde das Erschütterungen herbeiführen, weit heftiger, als wenn man auf dem Wege der Gewerkvereine, der Selbsthilfe und Selbstthätigkeit die Umwandlung herbeiführt. Sie spielen mit dem Feuer. Denn die erste Bedingung jedes Staatszuschusses ist die progressive Einkommensteuer, die den Charakter einer Konfiskation eines Theils des Vermögens hat. Die Erhöhung der Löhne durch Eingreifen der bürgerlichen Gesetzgebung ist gleichbedeutend mit dem Effekt, daß Kapital, liegendes Vermögen in seinem Einkommenswerth fällt, dagegen der der Arbeit steigt. Sie klagen jetzt über Entwerthung Ihrer Güter, über den Rückgang der Erträgnisse des Grundbesitzes. Und doch ist das nur ein Kinderspiel gegen das, was eintreten muß, wenn Sie das Einkommen der Nation vertheilen wollen, um den Gesammtgewinn den Arbeitern zuzuwenden. Mit Unrecht behauptet der Reichskanzler, daß wir jeden Antrag, den er bringt, ablehnen würden. Nur unpraktischen Vorschlägen gilt unsere Opposition. Er selbst hat bestätigt, daß unsere Opposition gegen das Unfallversicherungsgesetz umsichtig gewesen ist. Seien auch Sie darum vorsichtig mit Ihrem Tadel gegen die Gesetzgebung der letzten zehn Jahre, mit dem Vorwurf, daß wir unproduktiv geworden und nur Lust hätten am Regiren. (Beifall links.)

Abg. v. Schorlemer-Alst: Der Abg. Lasker tadelt Herrn Stöcker, daß er, nachdem er im Eingang seiner Rede die Person des Kaisers erwähnt hat, auf die Umgestaltung der schlechten Gesetzgebung der letzten 10 Jahre zu sprechen gekommen ist. Ich werde an dem alten Grundsatz festhalten, die allerhöchste Person nicht in die Debatte zu ziehen (Zustimmung), um so mehr aber kann ich dann versichern, daß ich die Gesetzgebung nicht nur der letzten zehn Jahre, sondern noch längerer Zeit für grundschlecht halte, hauptsächlich für den Grundbesitz und die Arbeiter. Dann sagt Herr Lasker, seine Freunde, die Repräsentanten des liberalen Gedankens, seien stets bestrebt, das Wohl der Massen zu fördern. Ja, hat denn Ihr Freihandel, die Wucherfreiheit, und der Kulturkampf das Wohl der Massen befördert. (Heiterkeit links.) Dann sagt Herr Lasker, der Reichskanzler habe die geringe Differenz über die Vertheilung des Betrages benutzt, um das Unfallversicherungs-Gesetz zu Falle zu bringen, weil er sich von der Unhaltbarkeit desselben schon während der Berathungen überzeugt hatte. Sie irren sich, Herr Lasker. Die Zeiten sind vorüber, wo Sie dem Herzen des Kanzlers so nahe saßen und so tiefe Blicke in dasselbe werfen konnten. (Große Heiterkeit.) Dann sagt der Herr Kollege, die Liberalen hätten zur Zeit ihrer Herrschaft — ich bitte den Ausdruck zu konstatiren — mehr Positives geleistet als die Konservativen. Ja, wenn Einreißen und Zerstören Positives leisten heißt, dann haben sie viel geleistet. Ich erkenne aber an, daß von den Konservativen und vom Reichskanzler bis jetzt nichts geleistet worden ist, was möglich gewesen wäre. Der Grund liegt darin, daß Sie (rechts) nicht als selbständige Partei aufzutreten wagen; und daß die Liberalen immer noch an den Rockschößen des Kanzlers hängen. (Ruf links: na, na!) Wenigstens haben Sie sie nicht gern losgelassen. (Heiterkeit; Abg. Rickert ruft: Sie greifen ja mit beiden Händen danach!) Ferner hat Herr Lasker von dem fruchtbaren Regen der Gesetzgebung gesprochen. Ja, es war ein Regen, aber ein Platzregen, leider vermischt mit zu viel Hagelschlag. (Oho! links.) Herr Richter hat wieder einmal die Vertheuerung der Lebensmittel durch den Kornzoll vorgeritten. Der Kornzoll hat gar nichts vertheuert, denn trotz dreier schlechter Ernten sind die Preise jetzt niedriger als vor den Zöllen. Ich muß anerkennen, daß der Reichskanzler gestern gegen sich selbst gesprochen hat; soweit er gegen die Interpellation Hertling's polemisirte — und das war nicht leicht — hatte er seine Waffen aus Manchester bezogen. Es scheinen, um seine Ausdrucksweise zu gebrauchen, fossile Reste aus früherer Zeit zu sein. Ihre Freude darüber, meine Herren (nach links), ist aber doch verfrüht, denn der Kanzler sprach immer noch von Staatshilfe und das Tabacksmonopol hat er mindestens dreimal erwähnt. Er hält die Interpellation für nicht zeitgemäß, weil entsprechende Vorlagen erst im April kämen, denn die Lage der Arbeiter und Handwerker ist eine so drückende, daß baldige Abhilfe geschafft werden muß. Hätte die Interpellation kein anderes Verdienst, so wäre das schon werthvoll, daß sie den Reichskanzler veranlaßt hat, sich für die Schöpfung korporativer Verbände zu erklären. Den Ausfall der Wahlen beurtheilt der Reichskanzler doch wohl nicht ganz richtig. Soweit die Wahlen überhaupt einen Rückschluß auf die Stimmung der Arbeiterkreise zulassen, so enthalten sie ein Verdikt gegen den Staatssozialismus. Der Hexensabbath, den die offiziöse Presse aufführen durfte und die Idee des Tabaksmonopols, als Patrimonium der Enterbten, hat den Konservativen manchen Wahlsitz gekostet. Hätte der Reichskanzler damals schon sich für korporative Verbände erklärt, die Wahlen würden ganz anders ausgefallen sein. Der Staats-Sozialismus ist ebenso wie die Sozialdemokratie eine falsche Reaktion gegen die liberale Individualisirung und Atomisirung. Beim Staatssozialismus kommt man durch den Druck der Massen immer mehr und mehr dazu, aus dem Allgemeinen in das Patrimonium der Enterbten beizusteuern und gleichzeitig wächst die Gefahr der Omnipotenz des Staates. Man sollte die wirthschaftliche soziale Frage ohne Politik [illegible], dann würde man weiter damit kommen, sucht man aber politische Machtfragen damit zu verknüpfen, so gelangt man über den Staatssozialismus zur Sozialdemokratie. Die Vorliebe des Reichskanzlers und der Konservativen für den Staatssozialismus hat ihren

Grund darin, daß sie in der Vorstellung leben, derselbe werde stets unter der mächtigen Hand des Kanzlers sich abspielen. Denken Sie sich doch aber einmal den Staatssozialismus unter der Herrschaft der Liberalen oder der Fortschrittspartei, dann werden Sie eine gewisse Abneigung gegen denselben empfinden. (Heiterkeit.) Erstaunt bin ich, daß bei der Frage der Sonntagsruhe und Frauenarbeit vom Kanzler Lohnberechnungen entgegengestellt worden sind. Wenn man diese Frage nicht als eine der Religion, der Humanität und Moralität, sondern als eine manchesterliche Lohnfrage auffaßt, dann hat man keinen Grund sich seines Standpunktes als Christ zu rühmen. Was heißt denn Schutz und Förderung der nationalen Arbeit? Das heißt doch nicht Bereicherung der Werke und der Großindustriellen, sondern vor Allem Sorge für die Arbeiter, die ihre beste Kraft einsetzen. Dank der Schutzpolitik haben wir einen industriellen Aufschwung. (Widerspruch links.) Die Telegramme der Industriellen der Stahl- und Eisenindustie beweisen es ja. Diese Herren behaupten auch in ihren Berichten, der Aufschwung der Industrie habe zu Lohnerhöhungen geführt. Dagegen protestiren die Arbeiter ganz energisch und erklären, die Lohnerhöhungen seien nur scheinbare und künstlich gemachte, indem man bei der Berechnung des angeführten Durchschnittslohnes die hohen Beamten-Gehälter und Ueberschichten mit eingerechnet hat. (Hört! hört! links.) Im Allgemeinen will ich noch bemerken, ich habe das Gefühl, es fehle bei uns der Muth zur That, jetzt sofort zu thun, was für die Arbeiter Noth ist. Wir sollten von den Liberalen lernen, die entschieden vorgingen, sobald sie zur Herrschaft gelangten. Wir sollten den Augenblick benutzen, um eine christlich-konservative Politik durchzusetzen, geschieht das nicht, so wird einst das schreckliche Wort ertönen: Zu spät! (Beifall im Zentrum.)

Damit schließt die Debatte; ein Beschluß wird nicht gefaßt, weil dies bei den Interpellationen geschäftsordnungsmäßig nicht zulässig ist. Es folgt eine Reihe persönlicher Bemerkungen.

Abg. Sonnemann konstatirt, daß er durch den Schluß der Debatte verhindert sei, den Standpunkt seiner Partei darzulegen.

Auf der Tagesordnung stehen noch einige Wahlprüfungen, deren Erledigung das Haus vertagt. Präsident v. Levetzow schlägt für die Tagesordnung der nächsten Sitzung u. A. die erste und zweite Berathung des Antrages Windthorst vor.

Abg. v. Bennigsen beantragt nur die erste Berathung auf die Tagesordnung zu setzen, da für die zweite doch keine Zeit sein werde.

Die Abgg. Windthorst und Richter (Hagen) empfehlen aber die Verbindung der ersten und zweiten Berathung, worauf Herr v. Bennigsen seinen Widerspruch zurückzieht.

Schluß 5 Uhr. Nächste Sitzung Mittwoch 11 Uhr. (Rechnungsvorlagen, Antrag Rittinghausen, Antrag Windthorst, Antrag Kapp-Sonnemann).

Briefe und Zeitungsberichte.

© **Berlin**, 10. Januar. [Interpellation Hertling. Der königliche Erlaß. Antrag Windthorst. Reichstag.] Die heutige Fortsetzung der Verhandlung über die Interpellation Hertling war im Ganzen sehr uninteressant; die ganze Verhandlung dieser zwei Tage kann als neuer Beleg für die alte Erfahrung gelten, daß ein Parlament sehr wenig dazu geeignet ist, Spezialfragen, in denen das Für und Wider nur durch minutiöse Vergleichung der von den verschiedenen Standpunkten aus vorzubringenden Argumente aufgeklärt werden kann, weiter zu fördern, so lange sich nicht eine überwiegende Meinung unter den Sachkundigen herausgebildet hat. Ein Parlament kann in solchen Dingen nur Resultate ziehen, und da die sozialpolitische Untersuchung dieser Operation in Betreff von Fragen, wie Beschränkung der Frauenarbeit, Normalarbeitstag 2c. noch nicht genügend vorbereitet hat, so hat man darüber gestern und heute nur sehr oberflächliche Aphorismen zu hören bekommen. — Die Nachricht, daß eine Besprechung von Delegirten der liberalen Fraktionen über den königlichen Erlaß vom 4. d. Mts. stattfinden solle, ist nicht zutreffend. Auf der liberalen Seite überwiegt die Auffassung, daß dieser vom König von Preußen an das preußische Staatsministerium gerichtete Erlaß vorderhand den Reichstag zu formellen Beschlüssen und selbst zu einer direkten Verhandlung darüber nicht zu veranlassen braucht; seine praktische Spitze trifft das preußische Beamtenrecht, das nicht vor den Reichstag gehört. Eine Rückwirkung der Durchführung der in dem Erlaß aufgestellten Grundsätze auf die Reichsangelegenheiten ist allerdings mit Sicherheit zu erwarten, und deshalb besteht kein Zweifel darüber, daß man über die Kundgebung vom 4. d. M. sich bei geeigneter Gelegenheit, z. B. bei Wahlprüfungen auszusprechen haben wird; aber zur Initiative für eine spezielle Verhandlung darüber war wenig Geneigtheit vorhanden. Während der heutigen Sitzung zirkulirte allerdings eine Kopie einer offiziösen Korrespondenz, in welcher angekündigt wurde, Fürst Bismarck werde den Erlaß amtlich dem Reichstage zugehen lassen. Sollte das wirklich geschehen, so würde, da es verfassungsmäßig nur Vorlagen des Bundesraths an den Reichstag giebt, die Sache gerade so liegen, wie vor einigen Wochen bei der offiziellen Zusendung der kaiserlichen Eröffnungs-Botschaft: von selbst, auf Grund der Geschäftsordnung, würde das Aktenstück auch dann nicht auf die Tagesordnung kommen; die Frage der Opportunität der Herbeiführung einer Verhandlung darüber läge aber ganz so wie jetzt. — Auch heute, am Vorabend der Debatte über den Antrag Windthorst, ist das Schicksal desselben noch so unbestimmt, wie während der Vertagung, doch waren hervorragende Mitglieder des Hauses, welche persönlich gegen den Antrag sind, der Meinung, er werde, falls morgen schon die zweite Berathung mit der ersten verbunden wird, durch eine äußerst bunte Majorität (Zentrum sammt Hilfskorps, ein Theil der Fortschrittspartei und der äußersten Rechten) angenommen werden. Der Versuch einer Verständigung zwischen den drei liberalen Fraktionen ist dadurch auf den letzten Augenblick verschoben, daß die Fortschrittspartei, die in dieser Frage am uneinigsten ist, noch zu keiner Entscheidung gelangt ist; in einer heute Vormittag abgehaltenen Fraktions-Berathung hielt Herr Hänel zur Vertretung seines bekannten Standpunktes eine Rede, die großen Eindruck gemacht hat, aber die Berathung wird heute Abend noch fortgesetzt werden, und die von Mitgliedern der Fortschrittspartei angestellten Berechnungen darüber, wie stark schließlich die Freunde und die Gegner des Antrags in dieser Fraktion sein werden, weichen erheblich von einander ab. Die parlamentarische Situation ist betreffs desselben so, daß man noch im letzten Augenblick auf Ueberraschungen gefaßt sein kann. — Trotz der gestrigen offiziösen Ankündigung, daß behufs der Entscheidung über eine neue Tabaksteuer-Vorlage der Reichstag nach Ostern nochmals zusammentreten solle, gilt dies kritischeren Beurtheilern keineswegs als gewiß; solche halten vielmehr an der Ansicht fest, daß über diese Frage lediglich auf Grund des Verhältnisses, das sich im Landtage zwischen der Regierung und dem Zentrum herausstellen wird, Beschluß gefaßt werden wird.

Telegraphische Nachrichten.

Berlin, 10. Januar. In der am 9. d. Mts. unter dem Vorsitze des Staatsministers von Boetticher abgehaltenen Plenarsitzung des Bundesraths machte der Vorsitzende zunächst Mittheilung davon, daß demnächst ein im Reichsamte des Innern ausgearbeitetes General-Register zu den Drucksachen und Protokollen des Bundesraths (einschließlich des Bundesraths des deutschen Zoll- und Handelsvereins und des Bundesraths für Elsaß-Lothringen) für die Jahre 1867 bis 1881 erscheinen und zur Vertheilung gelangen werde. Der Vorschlag des Vorsitzenden, die Vorlagen, betreffend die Zulassung gemischter Privattransitlager von Getreide in Pillau und Konstanz, in einer der nächsten Sitzungen zur Berathung und Beschlußnahme zu bringen, fand die Zustimmung der Versammlung. Sodann nahm die Versammlung Kenntniß von den Vorlagen, betreffend eine Zusatzerklärung zur Reblaus-Konvention vom 3. November 1881, den Geschäftsbericht des Bundesamts für das Heimathwesen für 1880/81, den deutsch-italienischen Handelsvertrag vom 31. Dezember 1865 und die Schifffahrts-Konvention vom 14. Oktober 1867, sowie betreffend die Einstellung eines Verfahrens wegen Beleidigung des Bundesrath. Endlich wurden mehrere Eingaben, betreffend die Zolltarifirung von gebranntem Kakao, die Ermäßigung des Eingangszolls für Holzpapierstoff im teigartigen Zustande und die statistische Gebühr für Steinkohlen, den zuständigen Ausschüssen überwiesen.

Hirschberg i. Schl., 10. Januar. Bei der heutigen Ersatz-Wahl zum Abgeordnetenhaus wurde Kreisgerichts-Direktor a. D. Ottow (lib.) mit 165 St. gegen den Landesältesten v. Küster (kons.), welcher 160 St. erhielt, gewählt.

München, 10. Januar. Die Kammer der Abgeordneten berieth heute über die Anträge Lerzer's (klerikal) auf Minderung der Militärausgaben und auf spätere Anberaumung der Zeit für die jährliche Hauptübung der bairischen Truppen. Zu ersterem Antrage lag ein Modifikationsantrag Frankenburger's auf Einschaltung der Worte „soweit dies ohne Schädigung der Reichswehrkraft und der Schlagfertigkeit des Heeres geschehen kann" vor. Nach längerer Debatte wurde der Antrag Frankenburger's abgelehnt und wurden die Anträge Lerzer's angenommen. Der Kriegsminister hatte erklärt, auch die Regierung wünsche eine Herabminderung der Militärlast, müsse aber ihre Verpflichtung gegen das Reich getreulich erfüllen und dieses lege nicht ohne Grund Opfer auf. Auch in Betreff der Zeit für die Hauptübungen des Militärs sei Baiern an einer übereinstimmenden Handhabung gehalten.

Paris, 10. Januar. Senat. Der Alterspräsident Gauthier eröffnete die Sitzung mit einer Ansprache, in welcher er sagte, daß eine Revision der Verfassung des Landes unnöthig werde, da die Senatswahlen am Sonntag eine Vermehrung der republikanischen Majorität ergeben hätten, die geneigt wäre, alle dem Lande nützlichen Reformen zu bewilligen. Der Redner erinnerte an die Aeußerungen Gambetta's in Cahors gegen einen beschleunigten Zusammentritt der Kammern und sagte, daß die Wahrheit dieser Worte auch heute noch gelte. Der Senat vertagte sich darauf bis Sonnabend.

In der Deputirtenkammer wurde Brisson zum Präsidenten wiedergewählt; die Wahl der Vizepräsidenten wird am Donnerstag stattfinden.

London, 9. Jan. Dem „Reuter'schen Bureau" wird aus Kairo vom heutigen Tage gemeldet: In der bereits signalisirten Kollektivnote Englands und Frankreichs heißt es: Die beiden Regierungen betrachten die Erhaltung des Khedive auf dem Throne unter den durch die successiven Firmans sanktionirten Bedingungen als die einzig mögliche Bürgschaft für die Ordnung und Wohlfahrt Egyptens, an welcher Frankreich und England gleichmäßig interessirt sind. Die beiden Regierungen, eng verbunden durch den Entschluß, mittelst vereinter Bemühungen alle Anlässe zu inneren oder äußeren Verwickelungen abzuwenden, zweifeln nicht, daß die offen ausgesprochene Versicherung ihrer formellen Absicht dazu beitragen werde, Gefahren vorzubeugen, welche die Regierung des Khedive fürchten könnte, Gefahren, denen überdies England und Frankreich sicher vereint begegnen würden. Die Regierungen hoffen, der Khedive selbst werde aus dieser Versicherung das Vertrauen und die Kraft ziehen, deren er zur Leitung der Geschicke Egyptens bedarf.

Konstantinopel, 10. Januar. Der Minister des Auswärtigen, Assim Pascha, hat, wie verlautet, jüngst seine früheren Erklärungen über die von der Pforte in Tripolis gegenüber Tunis eingenommene Haltung erneuert und bestätigt, obwohl sich die Sprache der türkischen Blätter in Bezug auf Tunis nicht geändert hat. — Der Sultan hat dem italienischen Ministerpräsidenten, Depretis, sowie dem Minister des Aeußern, Mancini, und dem General Medici den Osmanie-Orden erster Klasse verliehen.

Verantwortlicher Redakteur: H. Bauer in Posen. —
Für den Inhalt der folgenden Mittheilungen und Inserate übernimmt die Redaktion keine Verantwortung.

Meteorologische Beobachtungen zu Posen im Januar.

Datum Stunde	Barometer auf 0 Gr. reduz. in mm. 82 m Seehöhe	Wind.	Wetter.	Temp. i. Celf. Grad.
10. Nachm. 2	758,7	W mäßig	bedeckt [1])	+ 3,6
10. Abnds. 10	758,8	W lebhaft	bedeckt	+ 4,7
11. Morgs. 6	755,7	SW lebhaft	bedeckt	+ 3,3

[1]) Regenhöhe 1,3 mm.
Am 10. Wärme-Maximum + 4°7 Celf.
" " Wärme-Minimum + 1°1 "

Wasserstand der Warthe.

Posen, am 10. Januar Morgens 1,20 Meter.
" " 10. " Mittags 1,24 "
" " 11. " Morgens 1,28 "

Telegraphische Börsenberichte.

Fonds-Course.

Frankfurt a. M., 10 Januar. (Schluß-Course.) Matt. Lond. Wechsel 20,40. Pariser do. 80,82. Wiener do. 171,10, K.-M. St.-A. —. Rheinische do. —. Hess. Ludwigsb. $102\frac{1}{4}$. K.-M.-Pr.-Anth. $129\frac{1}{4}$. Reichsanl. $101\frac{1}{8}$. Reichsbank 150. Darmstb. $161\frac{3}{4}$. Meininger B. $101\frac{1}{4}$. Oest.-ung. Bk. 715,00. Kreditaktien $296\frac{3}{4}$. Silberrente 67. Papierrente 67. Goldrente $80\frac{3}{4}$. Ung. Goldrente $76\frac{1}{2}$. 1860er Loose $124\frac{3}{8}$. 1864er Loose 328,50. Ung. Staatsl. 230,00. do. Ostb.-Obl. II. $95\frac{1}{2}$. Böhm. Westbahn 278 Elisabethb. —. Nordwestbahn $195\frac{5}{8}$. Galizier $263\frac{1}{4}$. Franzosen 278. Lombarden $125\frac{1}{8}$. Italiener $88\frac{5}{8}$. 1877er Russen $89\frac{1}{8}$. 1880er Russen $72\frac{1}{2}$. II. Orientanl. $59\frac{1}{8}$. Zentr.-Pacific $112\frac{5}{8}$. Diskonto-Kommandit —. III. Orientanl. $58\frac{3}{4}$. Wiener Bankverein —, ungarische Papierrente —. Buschtiebrader — Junge Dresdner —.

Nach Schluß der Börse: Kreditaktien 297, Franzosen $277\frac{5}{8}$, Galizier 263, Lombarden $125\frac{1}{4}$, II. Orientanl. —, III. Orientanl. —, österr. Goldrente —.

Wien, 10. Januar. (Schluß-Course.) Oesterr. und ungar. Kreditaktien matt, Bahnen theilweise abgeschwächt, Renten ruhig. Schluß gedrückt.

Papierrente $77{,}22\frac{1}{2}$. Silberrente 78,50. Oesterr. Goldrente 94,00. Ungarische Goldrente 119,60. 1854er Loose 122,50. 1860er Loose 133,00. 1864er Loose 173,20. Kreditloose 177,20 Ungar. Prämienl. 122,70 Kreditaktien 339,50. Franzosen 323,50 Lombarden 146,75. Galizier 306,00. Kasch.-Oderb. 147,50 Pardubitzer 163,50. Nordwestbahn 227,20. Elisabethbahn 217,50. Nordbahn 2585. Oesterreich-ungar. Bank —,—. Türk. Loose —,— Unionbank 141,00. Anglo-Austr. 143,75 Wiener Bankverein 137,10 Ungar. Kredit 337,25. Deutsche Plätze 58,25. Londoner Wechsel 119,05 Pariser do. 47,20, Amsterdamer do. 98,45. Napoleons 9,43. Dukaten 5,60 Silber 100,00. Marknoten 58,30. Russische Banknoten $1{,}22\frac{5}{8}$. Lemberg-Czernowitz —,—. Kronpr.-Rudolf 174,20. Franz-Josef —,—. Dux-Bodenbach —,—. Böhm. Westbahn —,—.

$4\frac{1}{2}$prozent. ungar. Bodenkredit-Pfandbriefe —, Elbthal 250,00, ungarische Papierrente 89,10, ungar. Goldrente 88,80, Buschtierader B. —,—. Ung. Präml. —. Eskompte —,—.

Nachbörse: Oesterr. Kreditaktien 337,80.

Wien, 10. Januar. (Abendbörse.) Ungar. Kreditaktien 333,25, österr. Krediktaktien 336,00, Franzosen 322,50, Lombarden 144,50, Galizier 304,50, Anglo-Austr. —, öst. Papierrente 77,15, do. Goldrente 94,00, Marknoten 58,30, Napoleons $9{,}43\frac{1}{2}$, Bankverein 136,00, Elbthal 248,50, ungar. Papierrente 89,00, 4prozent. ungar. Goldrente 88,70, 6proz. ungar. Goldrente —, Nordwestbahn 226,50.

Florenz, 10. Januar. 5pCt. Italien. Rente 90,72, Gold 20,53.

London, 10. Januar. Ruhig. Consols $100\frac{1}{16}$. Ital. 5proz. Rente $86\frac{5}{8}$, Lombard. $12\frac{1}{2}$, 3proz. Lombarden alte $10\frac{5}{8}$, 3proz. do. neue 11, 5proz. Russen de 1871 87, 5proz. Russen de 1872 $85\frac{7}{8}$ 5proz. Russen de 1873 $85\frac{5}{8}$, 5proz. Türken de 1865 $13\frac{3}{8}$, $3\frac{1}{2}$proz. fundirte Amerikaner 105. Oesterr. Silberrente —, do. Papierrente —. Ungarische Goldrente $74\frac{3}{4}$, Oesterr. Goldrente $79\frac{3}{4}$, Spanier $28\frac{1}{4}$, Egypter 71, 4proz. preuß. Consols —. 4proz. bair. Anleihe —.

Platzdiscont 4 pCt.

Wechselnotirungen: Deutsche Plätze 20,69. Wien 12,06. Paris 25,60, Petersburg $24\frac{1}{4}$.

Aus der Bank flossen heute 150,000 Pfd. Sterl.

Newyork, 9. Januar. (Schlußkurse.) Wechsel auf Berlin $94\frac{1}{4}$, Wechsel auf London $4{,}80\frac{1}{2}$, Wechsel auf Paris $5{,}24\frac{3}{8}$, $3\frac{1}{2}$proz. fundirte Anleihe $102\frac{1}{2}$, 4prozentige fundirte Anleihe von 1877 $117\frac{5}{8}$, Erie-Bahn $39\frac{7}{8}$, Zentral-Pacific $113\frac{1}{4}$, Newyork Zentralbahn $130\frac{3}{8}$, Chicago-Eisenbahn $139\frac{1}{2}$. Cable Transfers $4{,}85\frac{1}{2}$.

Geld leicht, für Regierungssicherheiten 3 Prozent, für andere Sicherheiten ebenfalls 3 Proz.

Produkten-Kurse.

Königsberg, 10. Januar. Getreidemarkt. Weizen unverändert. Roggen unverändert, loco 121/122pfd. 2000 Pfd. Zollgew. 160,000, pr. Januar 157,50, pr. Frühjahr 163,50. Gerste still. Hafer ruhig, loco 2000 Pfd. Zollgewicht 140,000, pr. Frühjahr 136,00. Weiße Erbsen pr. 2000 Pfd. Zollgewicht 151,00. Spiritus pr. 100 Liter 100 pCt. loco 45,75, pr. Januar 45,75, pr. Frühjahr 49,00. — Wetter: Windig.

Bremen, 10. Januar. Petroleum (Schlußbericht) niedr. Standard white loco 6,90 bez., pr. Februar 6,95 Br., per März 7,10 Br., per April 7,30 Br., per Mai 7,30 Br., pr. August-Dezember 8,05 Br.

Hamburg, 10. Januar. Getreidemarkt. Weizen loco unveränd., auf Termine ruhig. Roggen loco unveränd., auf Termine ruhig. Weizen per Januar 230,00 Br., 228,00 Gd., per April-Mai 227,00 Br., 225,00 Gd. Roggen per Januar 172,00 Br., 170,00 Gd., per April-Mai 162,00 Br., 160,00 Gd. Hafer u. Gerste unveränd. Rüböl ruh., loco 58,00, per Mai 58,50. — Spiritus unverändert, per Januar $40\frac{3}{4}$ Br., per Februar-März $40\frac{3}{4}$ Br., per März-April $40\frac{3}{4}$ Br., per April-Mai $40\frac{3}{4}$ Br. Kaffee matt, geringer Umsatz. Petroleum behauptet, Standard white loco 7,50 Br., 7,40 Gd., per Januar 7,35 Gd., per Februar-März 7,50 Gd. — Wetter: Kälter.

Wien, 10. Januar. (Getreidemarkt.) Weizen pr. Frühjahr 12,52 Gd., 12,55 Br. Hafer pr. Frühjahr 8,34 Gd., 8,36 Br. Mais pr. Mai-Juni 7,52 Gd., 7,55 Br.

Petersburg, 10. Januar. Produktenmarkt. Talg loco 61,00, pr. August —,—. Weizen loco 16,00. Roggen loco 10,50. Hafer loco 5,25. Hanf loco 35,00. Leinsaat (9 Pud) loco 14,00. — Thauwetter.

London, 10. Januar. An der Küste angeboten 9 Weizenladungen. — Wetter: Kälter.

Liverpool, 10. Januar. Baumwolle. (Schlußbericht.) Umsatz 10,000 Ballen, davon für Spekulation und Export 1000 Ballen. Amerikaner fest, Surats stetig. Middl. amerikanische Februar-März-Lieferung $6\frac{3}{4}$, April-Mai-Lieferung $6\frac{27}{32}$, Mai-Juni-Lieferung $6\frac{29}{32}$, Juli-August-Lieferung 7 d.

Liverpool, 10. Januar. Baumwolle. (Schlußbericht.) Weitere Meldung. Umsatz 12,000 B., davon für Spekulation und Export 1000 B. Amerikaner $\frac{1}{16}$ d. höher.

Newyork, 9 Januar. Waarenbericht. Baumwolle in Newyork $11\frac{15}{16}$, do. in New-Orleans $11\frac{1}{2}$, Petroleum in Newyork $6\frac{7}{8}$ Gd., do. in Philadelphia $6\frac{7}{8}$ Gd., rohes Petroleum $6\frac{1}{2}$, do. Pipe line Certificates — D. 81 C. Mehl 5 D. 25 C. Rother Winterweizen loko 1 D. 45 C. do. per laufenden Monat 1 D. $43\frac{3}{4}$ C., do pr. Februar 1 D. 46 C., do. per März 1 D. $47\frac{3}{4}$ C. Mais (old mixed) 71 C. Zucker (Fair refining Muscovados) $7\frac{1}{16}$. Kaffee (Rio-) $10\frac{1}{4}$. Schmalz (Marke Wilcox) $11\frac{11}{16}$, do. Fairbanks $11\frac{9}{16}$, do. Rohe u. Brothers $11\frac{9}{16}$. Speck (short clear) $9\frac{1}{2}$ C. Getreidefracht $4\frac{1}{4}$.

Newyork, 9. Januar. Weizen-Verschiffungen der letzten Woche von den atlantischen Häfen der Vereinigten Staaten nach England 62,000, do. nach dem Kontinent 30,000, do. von Kalifornien und Oregon nach England 85,000 Qrts.

Produkten-Börse.

Berlin, 10. Januar. Wind: NW. Wetter: Trübe.

Weizen per 1000 Kilo loko 202—235 M. nach Qualität gefordert, abgel. Anmeld. — bezahlt, defekter Polnischer — Mark ab Bahn, per Januar — bezahlt, per Januar-Februar — bezahlt, per Februar-März — M. bezahlt, April-Mai 226½—226 M. bezahlt, Mai-Juni 226½ bezahlt, per Juni-Juli 226½ M. bezahlt. Gekündigt — Zentner. Regulirungspreis — Mark. — **Roggen** per 1000 Kilo loko 173—182 M. nach Qualität gefordert, neu inländischer 178 bis 180 a. B. bez., feiner inländischer 181 — Mark ab Bahn bezahlt, hochfeiner — M. ab B. bez., stark klammer — ab B. bez., alter — Mark ab B. bezahlt, russischer und polnischer 173—177 Mark a. B. bezahlt, defekter —,— Mark ab Bahn bezahlt, per Januar 176—176¼—176 M. bezahlt, per Januar-Februar 175 M. bez., per Februar-März — bez., per April-Mai 169½—170—169½ M. bezahlt, per Mai-Juni 167¾ bis 168 bis 167¾ Mark bezahlt, per Juni-Juli 166—166½—166 Mark bezahlt. Gekündigt — Zentner. Regulirungspreis — Mark. — **Gerste** per 1000 Kilo loko 136 bis 200 Mark nach Qualität gefordert. — **Hafer** per 1000 Kilo loko 138—173 M. nach Qualität gefordert, russischer und polnischer 140 bis 150 bezahlt, ost- und westpreußischer 145—157 bezahlt, pommerscher und Uckermärker 147—151 bezahlt, schlesischer 151—158 bez., böhmischer151—158 M. bezahlt, fein weiß mecklenburgischer — ab B. bez., feine 161—164 bez., per Januar — Mark bez., per April-Mai 146½ bezahlt, per Mai-Juni 146 M. bezahlt, per Juni-Juli 147 M. Gekündigt — Zentnr. Regulirungspreis — Mark. — **Erbsen** per 1000 Kilo Kochwaare 172—215 M., Futterwaare 158 bis 167 Mark. — **Mais** per 1000 Kilo loko 143 bis 153 nach Qualität gefordert, per Januar 148½ Mark, Januar-Februar — M., per April-Mai 140½ nom., per Mai-Juni 138½ M. Gekündigt — Zentr. Regulirungspreis — M. — **Weizenmehl** per 100 Kilogramm brutto 00: 32,00—30,50 Mark, 0: 29,50—28,50 M., 0/1: 28,50 bis 27,50 Mark. — **Roggenmehl** inkl. Sack 0: 25,25 bis 24,25 Mark, 0/1: 23,75 bis 22,75 M., per Januar 23,75 bez., per Januar-Februar 23.60 bezahlt, per Februar-März 23,50 bezahlt, per April-Mai 23,40—23,35 bezahlt, per Mai-Juni 23,00—22,95 bezahlt, per Juni-Juli 22,70 bezahlt. — Gekündigt — Zentner. Regulirungspreis — Mark. — **Oelsaat** per 1000 Kilo Winterraps — M.. Winterrübsen — Mark. — **Rüböl** per 100 Kilo loko ohne Faß 56,8 M., mit Faß 57,1 Mark, per Januar 57,3 Mark, per Januar-Februar 57,3 Mark per Februar-März — bez., per März-April — bez., per April-Mai 57,8 bez., per Mai-Juni 57,6 bez., Gekündigt — Ztr. Regulirungspr. — M. — **Leinöl** 100 Kilo loko — M. — **Petroleum** per 100 Kilo loko 24,2 Mark, per Januar 23,7—23,6 bezahlt, per Januar-Februar 23,7—23,6 M. bezahlt, per Februar-März 23,7 bez., per April-Mai 23,6—23,5—23,6 Mark bezahlt, per Mai-Juni — Mark bezahlt, per September-Oktober 24,8 Mark bez. Gekündigt 300 Zentner. Regulirungspreis 23,7 Mark. — **Spiritus** per 100 Liter loko ohne Faß 46,5 Mark bezahlt, per Januar 48,0 M. bez., per Januar-Februar 48,0 M. bez., per Februar-März — bez., per März-April — bez., per April-Mai 49,5—49,8—49,6 M. bez., per Mai-Juni 49,9—50,0—49,8 M. bezahlt, per Juni-Juli 50,8—51,0—50,8 M. bez., per Juli-August 52,9 bis 51,8 bez., per August-September 52,4 bis 52,3 bez. Gekündigt 70,000 Liter. Regulirungspreis 48,0 M.

(B. B.-Z.)

Bromberg, 10. Januar. [Bericht der Handelskammer.]

Weizen behauptet hochbunt und glasig 215—222 Mark, hellbunt 200—212 Mark. — **Roggen** ruhig, loko inländischer 165—168 M., — **Gerste** feine Brauwaare 150—160 M., große und kleine Müllergerste 145—150 Mark. — **Hafer** loko 145—155 Mk. — **Erbsen** Kochwaare 170—190 Mk, Futterwaare 150—155 Mark. — **Mais**, **Rübsen**, **Raps** ohne Handel. — **Spiritus** pro 100 Liter à 100 Prozent 43,75—44,25 M. — Rubelcours 210 Mark.

Stettin, 10. Januar. [An der Börse.] Wetter: Leicht bewölkt. + 6° Gr. R. Barom. 28,5. Wind: WNW.

Weizen geschäftslos, per 1000 Kilo loko gelber inländischer 209—224 Mark bez., geringer 194—206 Mark bez., weißer 210—226 M. bez., per April-Mai und per Mai-Juni 228 M. Br. und Gd. — **Roggen** wenig veränd., per 1000 Kilo loko inländischer 166—172 M. bez.. abgel. Anmeldung — M. bez., defekter — M. bez., per Januar 171 M. Br., — M. Gd., per April-Mai 168—167,5 M. bez., per Mai-Juni 166—165,5 M. bez., per Juni-Juli 164—163,5 M. bez., — M. Br. — **Gerste** still, per 1000 Kilo loko Brau- 152—158 Mark bez., Futter- 128 bis 138 M. bez., geringere — M., Schlesische — Mark. — **Hafer** still, per 1000 Kilo loko neuer inländischer — M., neuer Pommerscher 140—149 M. bez., Russischer — M. bez., Schwedischer — M. bez., per April-Mai — M., per Mai-Juni — Mark. — **Erbsen** unveränd., per 1000 Kilo loko Koch- 170—178 M. bez., Futter- 158 bis 167 M. bez., per April-Mai Futter- 157 M. Gd. — **Mais** ohne Handel. — **Winterrübsen** geschäftslos, per 1000 Kilo per April-Mai 270 M. nom., per September-Oktober 262 M. nom. — **Rüböl** fester, per 100 Kilo loko ohne Faß bei Kleinigkeiten flüssiges 57,5 M. Br., kurze Lieferung — M., per Januar 55,5 M. Br., per Jan.-Februar — bez., per April-Mai 56,5—56,75 bez., per Mai-Juni — M. — **Winterraps** per 1000 Kilo — Mark. — **Spiritus** matt, per 10,000 Liter-pCt. loko ohne Faß 45,6 bez., mit Faß — M. bez., kurze Lieferung ohne Faß — M. bez., per Januar 47,1 M. Br. u. G., per April-Mai 48,9—49 M. bez., Br. u. G., per Mai-Juni 49,6 M. Br. u. Gd., per Juni-Juli 50,4 Mark Br. und Gd. — **Angemeldet**: Nichts. — Regulirungspreise: Weizen — M., Roggen 171 Mark, Rüböl 55,8 M., Spiritus 47,1 M., Rübsen — M. — **Petroleum** loko 8,25 M. tr. bez., Regulirungspreis 8,25 M. tr.

(Ostsee-Ztg.)

Berlin, 10. Januar. Trotzdem der heut veröffentlichte Ausweis der Reichsbank durchaus günstig genannt werden muß und den Beginn eines starken Rückstroms zur Bank anzeigt, traten doch am Geldmarkte Symptome auf, die die Lage des Marktes wieder als erschwert erscheinen lassen. Geld war in allen Gattungen gefragt und schwierig zu erhalten; indeß ist ein Anziehen der Geldpreise gerade noch nicht zu konstatiren. Der Privatdiskont hielt sich auf der Höhe der vorangegangenen Tage, und wurde für feinste Bankierwechsel 4⅜ pCt. geboten. Die Anlagen der Bank sind um 55 Millionen zurückgegangen, indeß zeigt das Girokonto einen Abfluß von 14 Millionen M. und diese Entnahmen hatten zur Folge, daß die Bank ihr steuerfreies Noten-Kontingent noch immer mit 13,8 Mill. M. überschreitet. Der Umfang der geschäftlichen Thätigkeit blieb heute auf allen Gebieten sehr beschränkt und Oesterr. Kreditaktien, die bereits gestern beim Schluß des offiziellen Geschäfts unter 600 gegangen waren, hielten sich anfänglich noch ungefähr auf dieser Höhe, gingen dann aber weiter zurück. Ihnen schlossen sich mehr oder weniger alle übrigen Werthe an und so gewann die Tendenz der Börse einen unzweifelhaft matten Anflug, obgleich ein drängendes Angebot nicht vorlag. Auch für alle inländischen Papiere zeigte sich weniger Kauflust und daher fand die Aufwärtsbewegung der Kurse heute nur in wenigen Ausnahmefällen Fortsetzung. Anlage-Effekten begegneten dagegen einem vermehrten Interesse. — Per Ultimo notiren: Franzosen 556,50—558—554,50 bis 556, Lombarden 252—248,50 etw. 250, Kredit-Aktien 598,50—598 bis 599—595,50—597, Wiener Bankverein 243 Gd., Darmstädter Bank 161—162, Diskonto-Kommandit-Antheile 207,50—207,90 bis 206,25—206,90, Deutsche Bank 154,50—153,50 Dortmunder Union 106,50—106,90—106,25, Laurahütte 126,50—126,25—126,75. Der Schluß war fest. Privatdiskont 4⅜ pCt.

Fonds- u. Aktien-Börse.

Berlin, den 10. Januar 1882.

Preußische Fonds- und Geld-Course.

Preuß. Cons. Anl	4½	105,50 bzB
do. neue 1876	4	101,00 B
Staats-Anleihe	4	100,80 bz
Staats-Schuldsch.	3½	99,00 bz
Od.-Deichb.-Obl.	4½	100,50 G
Berl. Stadt-Obl.	4	100,40 bz
do. do.	3½	95,50 G
Schldv. d. B. Kfm.	4½	
Pfandbriefe:		
Berliner	5	108,40 bz
do.	4½	104,50 bz
Landsch. Central	4	100,60 bz
Kur- u. Neumärk.	3½	95,70 bz
do neue	3½	92,00 bz
do.	4	100,90 B
do. neue	4½	
N. Brandbg. Kred.	4	
Ostpreußische	3½	90,50 bz
do.	4	100,30 bz
do.	4	
Westpr. rittersch.	3½	90,50 bz
do.	4	100,60 bz
do. I. B.	4	100,30 bzG
do. II. Serie	4½	103,90 B
Neuldsch. II. Serie	4	100,25 B
do. do.	4½	103,60 bz
Posensche, neue	4	100,60 bz
Sächsische	4	
Pommersche	3½	90,30 bzG
do.	4	100,50 bz
do.	4½	101,25 G
Schlesische altl.	3½	93,50 G
do. alte A.	4	
do. neue I.	4	
Rentenbriefe:		
Kur- u. Neumärk.	4	100,40 B
Pommersche	4	100,40 G
Posensche	4	100,30 bz
Preußische	4	100,30 bz
Rhein- u. Westfäl.	4	100,50 G
Sächsische	4	100,30 G
Schlesische	4	100,90 bz
20-Frankstück.		16,18 bzG
do. 500 Gr.		
Dollars		4,19.5 G
Imperials		
do. 500 Gr.		1393,00 bz
Engl. Banknoten		
do. einlösb. Leipz.		
Französ. Banknot.		80,85 B
Oesterr. Banknot.		171,45 bz
do. Silbergulden		
Russ. Noten 100 Rbl		210,80 bz

Deutsche Fonds.

Dtsch. Reichs-Anl.	4	101,10 bz
P.-A. v. 55 a 100 Th.	3½	144,75 bz
Hess. Prsch. a 40 Th.	—	305,00 bz
Bad. Pr.-A. v. 67.	4	135,00 bz
do. 35 fl. Oblig.	—	218,75 bz
Bair. Präm.-Anl.	4	137,00 bzB
Braunsch. 20 thl.-L.	—	101,60 G
Brem. Anl. v. 1874	4	100,80 G
Cöln-Md-Pr.-Anl.	3½	129,00 bz
Dess. St.-Pr.-Anl.	3½	124,50 bz
Goth. Pr.-Pfdbr.	5	122,40 bz
do. II Abth.	5	119,90 B
Hamb. 50-Thlr.-L.	3	187,50 bz
Lübecker Pr.-Anl.	3½	180,50 bz
Mecklb. Eisenbhanl.	3½	94,50 bz
Meininger Loose	—	27,80 bzB
do. Pr.-Pfdbr.	4	119,00 B
Oldenburger Loose	3	149,60 B
D.-G.-C.-B-Pf. 110	4½	108,75 bz
do. do.	4	96,40 bz
Dtsch. Hypoth. unk.	5	104,00 bz
do. do.	4½	102,30 bz
Mein. Hyp.-Pf.	4½	100,80 G
Nrdd. Grdkr.-H.-A.	5	100,50 B
Pomm Hyp.-Pfdbr.		

Pomm. H.-B. I. 120	5	106,60 bz
do. II. IV. 110	5	103,75 bz
Pomm. III. rkz. 100	5	100,25 bz
Pr. C.-B.-H.-Br. rz.		
do. do. 110	5	110,25 G
do. do. 115	4½	106,50 bz
Pr.C.-B.-Pfdbr. 100	5	106,00 bz
do. do. rückz. 100	4½	103,90 bz
do (1872 u. 74)	4	98,75 B
do. (1872 u. 73)	5	
do. (1874)	5	
Pr. Hyp.-A.-B. 120	4½	105,00 bzG
do. II. rckz. 100	5	100,00 G
Schles. Bod.-Cred.	5	103,00 G
do. do.	4½	106,60 B
Stettiner Nat.-Hyp.	5	100,70 bzB
do. do.	4½	103,50 bzG
Kruppsche Obligat.	5	110,00 B

Ausländische Fonds.

Amerik. gek. 1881	6	
do. do. 1885	6	
do. Bds. (fund.)	5	
Norweger Anleihe	4½	
Newyork. Std.-Anl.	6	125,50 G
Oesterr. Goldrente	4	80,75 bz
do. Pap.-Rente	4½	65,90 bzG
do. Silber-Rente	4½	67,00 bzG
do. 250 fl. 1854	4	
do. Cr. 100 fl. 1858	—	
do. Lott.-A. v. 1860	5	125,25 bz
do. do. v. 1864	—	330,00 bz
Ungar. Goldrente	6	102,75 B
do. St.-Eisb.-Akt.	5	96,60 bz
do. Loose	—	230,50 bzB
Italienische Rente	5	88,70 bz
do. Tab.-Oblg.	6	
Rumänier	8	112,50 bz
Finnische Loose	—	51,60 bz
Russ. Centr.-Bod.	5	75,10 bz
do. Boden-Credit	5	83,20 bzB
do Engl. A. 1822	5	86,70 bz
do. do. A. v. 1862	5	86,80 bz
Russ. fund. A. 1870	5	
Russ. cons. A. 1871	5	87,25 bz
do. do. 1872	5	87,25 bz
do. do. 1875	4½	78,25 bz
do. do. 1877	5	91,00 B
do. do. 1880	4	72,50 bzB
do. Pr.-A. v. 1864	5	149,80 bz
do. do. v. 1866	5	143,90 bz
do. 5. A. Stiegl.	5	
do. 6. do. do.	5	85,70 bzB
do. Pol. Sch.-Obl.	4	84,50 B
do. do. kleine	4	
Poln. Pfandbr.	5	65,10 bz
do. do.	5	
do. Liquidat.	4	56,40 bz
Türk. Anl. v. 1865	—	14,00 bzG
do. do. v. 1869	6	
do. Loose vollgez.	3	

*) Wechsel-Course.

Amsterd. 100 fl. 8 T.	168,70 bz
do. 100 fl. 2 M.	167,70 bz
London 1 Lstr. 8 T.	20,39.5 bz
do. do. 2 M.	20,18 bz
Paris 100 Fr. 8 T.	80,85 bz
Blg.Bkpl. 100 F. 8 T.	
do. do. 100 F. 2 M.	
Wien öst. Währ. 8 T.	171,20 bz
Wien. öst. Währ. 2 M.	170,20 bz
Petersb. 100 R. 3 W.	209,75 bz
do. 100 R. 3 M.	207,70 bz
Warschau 100 R 8 T.	210,00 bz

*) Zinsfuß der Reichs-Bank für Wechsel 5, für Lombard 6 pCt., Bankdiskonto in Amsterdam 4, Bremen —, Brüssel 5, Frankfurt a. M. 4½, Hamburg —, Leipzig —, London 5, Paris 5, Petersburg 6, Wien 4 pCt.

Bank- u. Kredit-Aktien.

Badische Bank	4	114,00 G
Bk. f. Rheinl. u. Westf	4	40,75 bz
Bk. f. Sprit- u. Pr.-H.	4	70,00 bzG
Berl. Handels-Ges.	4	120,50 bzG
do. Kassen-Verein.	4	206,00 bz
Breslauer Disk.-Bk.	4	99,30 bz
Centralbk. f. B.	4	
Centralbk. f. J. u. H.		
Coburger Credit-B.	4	88,25 bz
Cöln. Wechslerbank	4	97,20 bz
Danziger Privatb.	4	108,10 G
Darmstädter Bank	4	162,00 bz
do. Zettelbank	4	109,75 B
Dessauer Creditb.	4	99,00 G
do. Landesbank	4	
Deutsche Bank	4	153,10 bzB
do. Genossensch.	4	131,00 bzB
do. Hyp.-Bank.	4	90,50 G
do. Reichsbank.	4½	149,50 bzG
Disconto-Comm.	4	206,00 bz
Geraer Bank	4	94 25 B
do. Handelsb.	4	93,75 G
Gothaer Privatbk.	4	118,60 B
do. Grundkredb.	4	94,00 G
Hypothek (Hübner)	4	
Königsb. Vereinsb.	4	98 25 B
Leipziger Creditb.	4	159,00 B
do. Discontob.	4	112,50 bz
Magdeb. Privatb.	4	116,25 bz
Mecklb. Bodencred.	4	60,25 G
do. Hypoth.-B.	fr.	97,25 bz
Meining. Creditbk.	4	101,50 bzG
do. Hypothekenbk.	4	93,00 G
Niederlausitzer Bank	4	97,75 G
Norddeutsche Bank	4	181,50 G
Nordd. Grundkredit	4	55,90 bzG
Oesterr. Kredit	4	
Petersb. Intern. Bk.	4	100,50 G
Posen. Landwirthsch	4	82,00 G
Posener Prov.-Bank	.	124,00 B
Posener Spritaktien	4	60,00 G
Preuß. Bank-Anth.	4½	
do. Bodenkredit	4	112,00 bzG
do. Centralbdn.	4	122,90 bzG
do. Hyp.-Spielh.	4	83,00 bzG
Produkt.-Handelsbk	4	76,50 G
Sächsische Bank	4	123,50 G
Schaaffhaus. Bankv.	4	91,90 bzB
Schles. Bankverein	4	111,80 G
Südd. Bodenkredit	4	136,00 bzG

Industrie-Aktien.

Brauerei Patzenhof.	4	194,00 bz
Dannenb. Kattun.	4	
Deutsche Bauges.	4	61,00 bzB
Dtsch. Eisenb.-Bau	4	
Dtsch. Stahl- u. Eis.	4	
Donnersmarckhütte	4	64,20 bzG
Dortmunder Union	4	15,30 G
Egells Masch.-Akt.	4	32,50 bzG
Erdmannsd. Spinn.	4	36,00 bz
Flora f. Charlottenb.	4	
Frist u. Roßm. Näh.	4	83,25 bzG
Gelsenkirch.-Bergw.	4	130,90 bzB
Georg-Marienhütte	4	97,25 bzG
Hibernia u. Shamr.	4	94,00 bzB
Immobilien (Berl.)	4	81,50 G
Kramsta, Leinen-F.	4	95,25 bzG
Lauchhammer	4	33,00 bzB
Laurahütte	4	127,00 bzG
Luise Tiefb.-Bergw.	4	46,75 bz
Magdeburg. Bergw.	4	119,25 G
Marienhüt. Bergw.	4	54,00 bzG
Menden u. Schw.B.	4	75,00 bzG
Oberschl. Eis.-Bed.	4	54,00 bzG
Ostend	4	
Phönix B.-A. Lit. A	4	87,40 bz
Phönix B.-A. Lit. B.	4	38,10 bzB
Redenhütte conf.	4	108,00 B
Rhein.-Nass. Bergw.	4	74,50 bz
Rhein.-Westf. Ind.	4	
Stobwasser Lampen	4	23,50 bzG
Unter den Linden	4	13,75 bzG
Wöhlert Maschinen	4	22,75 bzG

Eisenbahn-Stamm-Aktien.

Aachen-Mastricht	4	52,50 bz
Altona-Kiel	4	204,00 bzB
Bergisch-Märkische	4	122,00 bz
Berlin-Anhalt	4	146,90 bz
Berlin-Dresden	4	15,80 bzG
Berlin-Görlitz	4	33,70 bzB
Berlin-Hamburg	4	310,00 bzG
Bresl.-Schw.-Frbg	4	97,90 bz
Hall.-Sorau-Guben	4	22,00 bzG
Märkisch-Posener	4	36,00 bzB
Magdeburg-Leipzig	4	
do. do. Lit. B.	4	
Nordhausen-Erfurt	4	31,50 bz
Oberschl. Lit. A u. C.	3½	253,75 bz
do. Lit. B.	3½	198,00 bzG
Ostpreuß. Südbahn	4	67,75 bz
Rechte Oderuferb.	4	174,75 bz
Rhein-Nahebahn	4	14,90 G
Stargard-Posen	4½	103 20 bz
Thüringische	4	208,60 bz
do. Lit. B. v. St. gar.	4	100,20 bzG
do. Lit. C. v. St. gar	4½	111,25 bzG
Ludwigsh.-Berbach	4	204,75 bzB
Mainz-Ludwigsh.	4	102,40 bzG
Weimar-Geraer	4½	51,30 bz
Albrechtsbahn	5	37,75 bzG
Amsterd.-Rotterd.	4	145,50 bz
Aussig-Teplitz	4	255,10 bzG
Böhm. Westbahn	5	139,25 bz
Brest-Grajewo	5	
Dux-Bodenbach	4	151,50 bzG
Elisabeth-Westbahn	5	93,50 bz
Kais. Franz Joseph	5	85,10 bz
Gal. (Karl Ludwig.)	5	132,00 bz
Gotthard-Bahn 90%	6	78,50 bz
Kaschau-Oderberg	4	63,75 bzG
Lüttich-Limburg	4	15,25 bz
Oestr.-frz. Staatsb.	4	
do. Nordw.-B.	5	390,50 bz
do. Litt. B. Elb.	4	
Reichenb.-Pardubitz	4½	70,10 bz
Kronpr. Rud.-Bahn	5	74,20 bzG
Rjask-Wyas	5	
Rumänier	3½	62,50 G
do. Certifikate	4	
Russ. Staatsbahn	5	132,75 bz
do. Südwestbahn	5	62,80 bz
Schweizer Unionb.	4	53,50 bzB
Schweizer Westbahn	4	39,25 bzG
Südösterr. (Lomb.)	4	
Turnau-Prag	4	136,30 bz
Warschau-Wien	4	246,50 bz

Eisenbahn-Stammprioritäten.

Berlin-Dresden	5	43,10 bzG
Berlin-Görlitzer	5	97,00 bzG
Halle-Sorau-Gub.	5	85,00 bzB
Märkisch-Posen	5	114,50 B
Marienb.-Mlawka	5	103,90 bz
Münster-Enschede	5	20,50 bzG
Nordhausen-Erfurt	5	96,00 bzG
Oberlausitzer	5	56,25 bzG
Oels-Gnesen	5	54,25 bzG
Ostpreuß. Südbahn	5	97,40 bz
Posen-Creuzburg	5	72,75 bzG
Rechte Oderuf. Bahn	5	173,20 bz
Rumänische	5	
Saalbahn	5	72,80 bzG
Saal-Unstrutbahn	3	
Tilsit-Insterburg	5	78,40 bz
Weimar-Geraer	5	38,00 G

Staatsbahn-Aktien.

Brl.-Potsd.-Magd.	4	
Berlin-Stettin	4½	116,80 bzB
Cöln-Minden	6	
Magd.-Halberstadt	3½	88,10 bzG
Mgd.-Halbst. B. abg.	3½	88,10 bzG
do. B. unabg.	3½	88,10 bzG
do. C. do. abg.	5	125,40 bzB

Münster-Hamm	4	100,25 G
Niederschl.-Märk.	4	100,40 bzG
Rhein. St.A. abg.	6½	161,75 bz
do. neue 4proc.	5	158,90 G
do. Lit. B. gar.	4	100,20 bzG

Eisenbahn-Prioritäts-Obligationen.

Aach.-Mastricht	4½	
do. do. II.	5	
do. do. III.	5	
Berg.-Märkische I.	4½	103,25 G
do. II.	4½	103,25 G
do. III. v. St. g.	3½	94,50 G
do. do. Litt. B.	3½	94,50 G
do. do. Litt. C.	3½	93,70 B
do. IV.	4½	102,75 G
do. V.	4½	102,75 G
do VI.	4½	103,80 B
do. VII.	4½	102,80 G
Aachen-Düsseldf. I	4	
do. do. II	4	
do. do. III	4½	
do. Düss.-Elb.-Pr.	4	
do. do. II	4½	
do. Dortm.-Soest	4	
do. do. II.	4½	102,50 G
do. Nordb. Fr. W.	4½	103,10 G
do. Ruhr.-K.-G. I.	4½	103,00 B
do. do. II	4½	100,50 bz
do. do. III	4	103,00 B
Berlin-Anhalt A.	4½	103,30 G
do. B.	4½	103,30 G
do. Litt. C.	4½	103,30 B
Berlin-Görlitz	4½	103,00 B
do. do. Litt. B.	4½	102,80 B
Berlin-Hamburg I.	4	100,50 B
do. do. II.	4	100,50 B
do. do. III.	4½	102,80 bzB
Brl.-Ptsd.-M. A. B.	4	100,70 bz
do. do. C.	4	100,40 bz
do. do. D.	4½	103,90 bz
do. do. E.	4½	102,75 bz
Berlin-Stettin I.	4½	
do. do. II.	4	
do. do. III.	4	
do. IV. v. St. g.	4	
do. VI. do.	4	
do. VII.	4½	
Bresl.-Schw.-Freib.	4½	
do. do. Litt. G.	4½	103,10 bz
do. do. Litt. H.	4½	103,10 bz
do. do. Litt. I.	4½	103,10 bz
do. do. 1876	5	105,75 bz
Cöln-Minden IV.	4	100,30 bz
do. do. V.	4	
do. do. VI.	4½	103,50 bzG
Halle-Sorau-Guben	4½	103,75 G
do. do. C.	4½	103,50 G
Hannov.-Altenbk. I.	4½	
do. do. II.	4½	
do. do. III.	4½	
Märkisch-Posener	4½	103,00 G
Mainz-Ludwigsh.	4½	102,90 G
do. do.	5	105,90 G
Magd.-Halberstadt	4½	
do. do. de 1861	4½	
do. do. de 1873	4½	102,75 B
do. Leipz. A.	4½	105,25 B
do. do. B.	4	100,50 bz
do. Wittenberge	4½	102,50 B
do. do.	3	85,40 B
Niederschl.-Märk. I.	4	
do. II. a 62½ thlr.	4	
do. Obl. I. u. II.	4	100 50 B
do. do. II conv.	4	100 50 G
Oberschlesische A.	4	
Oberschlesische B.	3½	
do. C.	4	100,50 G
do. D.	4	100,50 G
do. E.	3½	94,00 bzB
do. F.	4½	104,00 B
do. G.	4½	104,00 B
do. H.	4½	104,00 B
Oberschles. v. 1873	4	100,50 bz
do. v. 1874	4½	106,00 B
Brieg-Neisse	4½	
do. Cos.-Oderb.	4	
do. Nied.-Zwgb.	3½	
do. Starg.-Pos.	4	104,00 B
do. do. II.	4½	
do. do. III.	4½	
Oels-Gnesen	4½	102,40 G
Ostpreuß. Südbahn	4½	102,75 G
do. Litt. B.	4½	102,75 G
do. Litt. C.	4½	102,75 G
Posen-Creuzburg	5	104,00 B
Rechte-Oder-Ufer	4½	103,40 B
Rheinische	4	
do. v. St. gar.	3½	
do. v. 1858, 60	4½	103,40 B
do. v. 1862, 64	4½	
do. v. 1865	4½	
do. 1869, 71, 73	4½	103,50 B
do. v. 1874, 77	4½	
Rh.-Nahe v. St. g.	4½	104,70 bz
do. II. do.	4½	
Schleswiger	4½	
Thüringer I.	4	101,00 G
do. II.	4½	
do. III.	4	101,00 G
do. IV.	4½	103,00 bz
do. V.	4½	103,50 G
do. VI.	4½	103,00 G

Ausländische Prioritäten.

Elisabeth-Westbahn	5	87,25 bz
Gal. Karl-Ludwigb.	4½	86,25 bzG
do. do. II.	5	
do. do. III.	5	
do. do. IV.	5	
Lemberg-Czernow. I	5	81,75 G
do. II.	5	86.60 bz
do. III.	5	84,00 bzB
do. IV.	5	83,10 G
Mähr.-Schl. C.-B.	fr.	50,10 bz
Oesterr.-Frz.-Stsb.	3	379,00 bzB
do. Ergänzsb.	3	359,00 bzB
Oesterr.-Frz.-Stsb.	5	104,50 bz
do. II. Em.	5	104,50 bz
Oesterr. Nordwest.	5	88,40 bzB
Oest. Nrdwstb. Lit. B	5	87,30 G
do. Geld-Priorit.	5	
Kaschau-Oderb. gar.	5	83,80 bzG
Kronpr. Rud.-Bahn	5	85,60 bzG
do. do. 1869	5	85,50 bz
do. do. 1872	5	85,40 bz
Rab-Graz Pr.-A.	4	94,75 bz
Reichenb.-Pardubitz	5	84,25 G
Südösterr. (Lomb.)	3	279,90 bzB
do. do. neue	3	279,90 bzB
do. do. 1875	6	
do. do. 1876	6	
do. do. 1877	6	
do. do. 1878	6	
do. do. Oblig.	5	101,00 G
Brest-Grajewo	5	92,90 bzB
Charkow-Asow g.	5	97,20 G
do. in Lstr. a 20	5	91,40 B
Chark.-Krementsch.	5	95,80 B
Jelez-Orel, gar.	5	95,70 bz
Koslow-Woron. gar	5	99 75 bz
Koslow-Woron. Ob.	5	86,70 bz
Kursk-Chark. gar.	5	97,25 bz
K.-Chark-As. (Obl.)	5	86,10 B
Kursk-Kiew, gar.	5	100,50 bz
Losowo-Sewast.	5	82,75 bz
Mosko-Rjäsan, g.	5	103,10 bzG
Mosk.-Smolensk, g.	5	98,20 bz
Schuja-Iwanow.	5	96,20 B
Warsch.-Teresp., g.	5	97,60 bz
do. kleine, g.	5	
Warschau-Wien II.	5	103,70 B
do. III.	5	103,60 bz
do. IV.	5	103,25 bz
Zarskoe-Selo	5	71,30 bz

Druck und Verlag von W. Decker & Comp. (E. Röstel) in Posen.